

Rezensionen

Ian Bruff, Matthias Ebenau, Christian May & Andreas Nölke (Hg.): *Vergleichende Kapitalismusforschung: Stand, Perspektiven, Kritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2013, 290 Seiten

Auf Basis einer Tagung der *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) organisierten die vier Herausgeber den vorliegenden Sammelband zur Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF). Dabei nahmen sie „die unbefriedigende Antwort der VKF auf die Krise zum Anlass, kritisch Forschungs- und Diskussionsstände aufzuarbeiten, die dominanten Perspektiven in einen Dialog mit alternativen Ansätzen aus der kritischen politischen Ökonomie zu bringen und auf diesem Wege einerseits Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung und andererseits fundamentale Alternativen im Sinne einer Kritik der institutionalistischen VKF aufzuzeigen“ (S. 10).

Diese Zielsetzung verfolgt das Buch in drei Abschnitten: „Teil I: Vergleichende Kapitalismusforschung – Kritische Bestandsaufnahme“, „Teil II: Neoinstitutionalismus – Varianten und Entwicklungen“ sowie „Teil III: Jenseits des neuen Institutionalismus – Radikale Alternativen und neue Ansätze“. Letzterer Teil stellt mit nahezu der Hälfte des Umfangs den Schwerpunkt des Sammelbandes dar.

Im ersten Abschnitt stellt *David Coates* erst die Paradigmen der VKF vor und unterscheidet grundsätzlich zwischen Neoklassik, neuem Institutionalismus und Marxismus. Daran anschließend behandeln *Ian Bruff* und *Eva Hartmann* die

neopluralistische Politikwissenschaft und Wirtschaftssoziologie als konzeptionelle Grundlagen der VKF. Beide Beiträge kritisieren den Mainstream der Forschung und schlagen eine verstärkte Zuwendung zu kritischen polit-ökonomischen Zugängen vor, um mit den Realitäten des krisenhaften Kapitalismus besser umgehen zu können. *Bob Jessop* schlägt vor, nicht unterschiedliche Kapitalismen (*varieties of capitalism*), sondern den Kapitalismus als variiert (*variegated capitalism*) zu analysieren, um die Weltmarkt-Zusammenhänge besser erfassen zu können. Schließlich setzt sich *Matthias Ebenau* mit der Rezeption des VKF-Ansatzes in der Peripherie auseinander.

Die Beiträge des ersten Abschnittes leiten mit ihrer Kritik den zweiten Abschnitt ein: *Jan Drahekoupil* und *Martin Myant* schlagen zur Analyse einen Institutionalismus jenseits des VKF-Paradigmas vor und entwerfen auf dieser Grundlage eine eigenständige neue Typologie verschiedener Spielarten des Kapitalismus und Integrationsformen der zentral- und osteuropäischen Transitionsökonomien. *Christian May* und *Andreas Nölke* skizzieren ein Forschungsprogramm für einen „kritischen Institutionalismus in der vergleichenden Kapitalismusforschung“. Sie setzen ihren Schwerpunkt auf historisch fundierte, ideologie- und machtkritische Analyse, die Weltmarktzusammenhang und Verteilungsgerechtigkeit ins Zentrum der Analyse rückt. *Christel Lane* und *Geoffrey Wood* sowie *Ines Wagner* und *Nathan Lilie* untersuchen mit dem VKF-Ansatz konkrete Fallbeispiele in den Themenfeldern Arbeit, Arbeitsbeziehungen und Beschäftigung.

Im letzten Abschnitt werden alternative Ansätze zur Analyse von Themenfeldern vorgestellt, die oft mittels VKF-Ansätzen bearbeitet werden. *Julia Lux* fragt nach der „Genderbarkeit“ des VKF-Ansatzes. Sie kritisiert, die bestehenden Ansätze seien zu stark an Erwerbsarbeit orientiert und könnten daher die Dimensionen der *Care*-Arbeit in ihrer Komplexität nicht erfassen. *Joachim Becker* und *Johannes Jäger* stellen die Regulationstheorie als alternativen institutionalistischen polit-ökonomischen Ansatz dar und analysieren auf dieser Basis die EU in der Wirtschaftskrise. Besonderes Augenmerk richten sie dabei auf die Dynamiken zwischen Zentrum und Peripherie in Europa. *Hans-Jürgen Bielings* Beitrag kritisiert die firmen- und nationalstaatszentrierte Perspektive des VKF-Ansatzes. Er präsentiert Regulationstheorie und Neo-Gramscianismus als Alternativen, um grenzüberschreitende und kulturelle Dynamiken besser erfassen zu können. *Jane Hardy* und *Jamie Gough* stellen mögliche Alternativen zu VKF-Ansätzen vor. Dabei bezieht sich Hardy auf den auf Leo Trotzky zurückgehenden Zugang von „ungleicher und kombinierter Entwicklung“, während Gough mit teilweise ähnlichen Argumenten eine marxistische Geographie als weiterführend auffasst. *Alexander Gallas* kritisiert die mangelnde Berücksichtigung von Klassenherrschaft in der VKF und schlägt vor, einen von Nicos Poulantzas und Bob Jessop inspirierten Zugang materialistischer Staatstheorie anzuwenden. *Terrence McDonough* stellt schließlich den im deutsch-sprachigen Raum bislang wenig rezipierten Zugang der „sozialen Strukturen der Akkumulation“

vor, der Ähnlichkeiten zu Zugängen der Regulationstheorie aufweist.

Der Sammelband wirkt sehr sorgfältig editiert, wie viele Querverweise zwischen den unterschiedlichen Beiträgen aufzeigen. Wer sich dabei einen umfassenden, aktuellen Überblick der Debatte erwartet, sollte aber eher auf andere Werke zurückgreifen. Demgegenüber vermittelt das vorliegende Buch interessante Perspektiven der Kritik. Die dargestellten Alternativen greifen vor allem auf Konzepte einer kritischen politischen Ökonomie zurück, während soziologische und/oder kulturelle Perspektiven weniger zum Tragen kommen. Einige meiner Ansicht nach sehr interessante Zugänge wie der Vorschlag eines „kritischen Institutionalismus“ (May & Nölke) oder auch einer „gegenderten“ VKF (Lux) präsentieren eher Forschungsskizzen, denn ausgearbeitete Alternativ-Entwürfe.

Das Buch ist somit für LeserInnen, die sich grundlegend über den VKF informieren wollen, nur bedingt geeignet. Auch diejenigen, die sich schon eingehend mit den dargestellten alternativen Zugängen beschäftigt haben, werden wenig Neues finden. Eher richtet es sich an Personen, die sich schon mit dem VKF-Zugang beschäftigt haben und aus verschiedenen Gründen Kritik daran zu üben hatten. Besonders positiv für LeserInnen der *PERIPHERIE* ist die explizite Auseinandersetzung mit verschiedenen Teilen der Peripherie inner- und außerhalb Europas. Insgesamt erreicht der Sammelband die selbst gesteckte Zielsetzung der kritischen Auseinandersetzung mit der VKF und ist daher zur Lektüre sehr empfehlenswert.

Bernhard Leubolt

Kalpna Wilson: *Race, Racism and Development. Interrogating History, Discourse and Practice*. London: Zed Books 2012, 296 Seiten

Auch ohne dass der Begriff „Intersektionalität“ fällt, untersucht die Autorin im vorliegenden Band die Verknüpfung der Unterdrückungslinien nach Rasse, Klasse und Geschlecht. Ihre Kernthese ist, dass Rasse und Entwicklung „untrennbar miteinander verwoben“ sind (243), wobei sie Rasse als soziales Konstrukt auffasst, das als System zur Organisierung der Kapitalakkumulation materielle Differenzen produziert und gelebte Erfahrung vielfältig prägt (44). Entwicklung definiert sie über die Entwicklungsindustrie hinaus als die Gesamtheit der asymmetrischen materiellen Beziehungen und Prozesse zwischen Nord und Süd (4). Das Buch kreist um drei wiederkehrende analytische Themen: das Verhältnis zwischen Rassismus und Kapitalismus, die Materialität von rassistischen Ideologien und die Kooptierung kritischer Ansätze in Entwicklungsdiskursen (4f). Diese Themen illustriert sie an unterschiedlichen historischen und aktuellen Beispielen.

So arbeitet sie heraus, dass die Darstellung der Rebellion in Britisch-Indien 1857 in einem Bestseller der gegenwärtigen Geschichtsschreibung geprägt ist vom aktuellen islamfeindlichen Diskurs, der zu einer Betonung der religiösen und einer Vernachlässigung der ökonomischen Gründe für den Aufstand führt: Die Ausbeutung durch die britische Kolonialherrschaft, die zu massiven Verarmungsprozessen führte, wird kaum erwähnt. Ebenso vernachlässigt wird

die gemeinsame Front von Hindus und MuslimInnen gegenüber dem brutalen Rassismus der Kolonialherrschaft, der sich im Rahmen der Aufstandsbekämpfung institutionalisierte und verschärfte. Dieser manifestierte sich auch in der Massenvergewaltigung indischer Frauen in Delhi, die (wie so oft) als Vergeltung für angebliche Vergewaltigungen britischer Frauen inszeniert wurde. *Gender*-Diskurse geraten jedoch durchaus auch in die Kritik, wenn Wilson z.B. im Lob der sparsamen, altruistischen und effizienten weiblichen Haushaltsvorstände einen Nachhall der kolonialen Unterscheidung zwischen bedürftigen und selbstverschuldeten Armen identifiziert. Die Handlungsfähigkeit werde in solchen neoliberalen *Gender*-Diskursen Frauen nur als rationalen Wirtschaftssubjekten zuteil, der zivilisierende Diskurs des Nordens werde nicht abgelöst, sondern nur ergänzt. Die entwicklungspolitische Spendenwerbung beispielsweise von Oxfam münde darin, dass die *agency* der Frauen im Süden nur durch das wohlthätige Subjekt im Norden aktiviert werde.

Auch erinnert das Buch daran, dass der gesamte Bereich der Bevölkerungspolitik von einer Verknüpfung unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse durchzogen ist. Es geht um Entwicklungsinterventionen, die sich an Frauen als Zielgruppe wenden und die vom Gedanken rassistischer Überlegenheit geprägt sind. Diese Interventionen sollten ursprünglich auch geopolitischen und ökonomischen Interessen dienen: der Eindämmung der Armut, die als Nährboden für den Kommunismus galt (86). Wilson stellt sie in eine lange Tradition von Versuchen der Regulierung abweichender Sexualität im Kolonialismus.

Um eine solche Regulierung geht es auch im Kapitel zu HIV/AIDS. Das im Norden am weitesten verbreitete Erklärungsmuster für die massive Ausbreitung der Krankheit in Afrika war bzw. ist eine angeblich ausschweifende Sexualität. Welche Rolle dabei die massive Kürzung der Gesundheitsprogramme im Rahmen der Strukturanpassung durch IWF und Weltbank spielte, blieb in der Regel ebenso außen vor wie die Frage, wie viele Todesopfer die mit der Welthandelsorganisation durchgesetzte Patentgesetzgebung aufgrund des Verbots günstiger Generika forderte. Die Autorin stellt hier eminent wichtige Zusammenhänge her, auch wenn sie die aufgeworfenen Fragen selbst nicht immer beantworten kann. Oftmals sind ihre anekdotischen Evidenzen jedoch sehr erhellend. So verweist sie etwa auf den Leiter von USAID, der die unregelmäßige Einnahme von antiretroviralen Medikamenten nicht mit ihren hohen Kosten (Generikaverbot) erklärt, sondern damit, dass die Afrikaner keinen westlichen Zeitbegriff hätten (120).

In einem anderen Beispiel berichtet sie, wie 2011 die Entschädigungsforderungen von vier Männern, die in britischen Lagern in Kenia während der 1950er Jahre gefoltert und kastriert worden waren, von einem britischen Gericht abgewiesen wurden. Die geringe Aufmerksamkeit, die dieser Episode in den Medien zuteil wurde, erklärt sie durch die Vorherrschaft eines Diskurses, in dem Menschenrechtsverletzungen von rassialisierten Anderen begangen werden, während Regierungen des Nordens humanitäre Interventionen unternehmen, um sie zu beenden (125). Sie macht auf die systematischen blinden Flecke des Diskurses aufmerksam:

darauf, dass die Zeit vor der neuen Weltordnung und der „Responsibility to Protect“ keineswegs von der Respektierung staatlicher Souveränität geprägt war, sondern die USA regelmäßig in Staaten des Südens intervenierten; oder darauf, dass das Konzept der Neuen Kriege mit seiner Annahme der regelgeleiteten alten Staatenkriege übersieht, dass das Kriegsrecht von jeher nicht für „Wilde“ in den Kolonien galt – und das Konzept so den Ausschluss der Kolonisierten aus der menschlichen Gemeinschaft reproduziert (132); ferner darauf, dass sich Demokratie und *Good Governance* von einem Luxus, für den die Dritte Welt noch nicht zivilisiert genug war, im neueren Entwicklungsdiskurs in eine notwendige Medizin zur Entwicklung unter Anleitung der Treuhandschaft des Westens verwandelten (148) – in Übereinstimmung mit einer Verschiebung des Akkumulationsmodells.

Die Integration kritischer Ansätze in den herrschenden Entwicklungsdiskurs sieht Wilson kritisch. So sieht sie eine neoliberale Aneignung des Post-Development: die gegen die Bauxitmine und das Aluminiumwerk von Vedanta in Odisha (Indien) protestierenden Indigenen würden von NGOs als edle Wilde romantisiert, die um ihre Heimat kämpften. Die politischen Aktionen und Forderungen der Indigenen (u. a. nach Jobs, Bildung und Gesundheitsversorgung) würden dabei ebenso ignoriert wie die ökonomischen Konfliktlinien. Eine NGO ging sogar so weit, die Protestierenden in Anlehnung an den bekannten Hollywood-Film als den „realen Avatar-Stamm“ zu bezeichnen (192). Im neoliberalen Diskurs fungierten die NGOs dergestalt als Repräsentanten einer entpolitisierten

Zivilgesellschaft, die Konflikte primär als kulturelle konzipiert. Dass Wilson hierbei Post-Development verkürzt darstellt (bzw. karikiert), sei nur am Rande angemerkt. Berechtigt ist allerdings der Kritikpunkt, Post-Development befasse sich nicht hinreichend mit der Verschiebung des herrschenden Modells vom Entwicklungsstaat zur neoliberalen Globalisierung (202). Zu Recht fordert Wilson auch, den *Developmentalism* stärker mit Imperialismus und Krieg zusammenzudenken, also nicht nur mit den Vertriebenen durch Staudämme, sondern auch mit den durch Militärinterventionen Getöteten (212).

Im letzten Kapitel diskutiert die Autorin die Integration von Differenz im neoliberalen Modell anhand der Beteiligung von MigrantInnen und Diaspora in Großbritannien. Dabei untersucht sie zunächst mehrere TV-Dokus im britischen Fernsehen, die migrantische BritInnen bei der Rückkehr in ihr Herkunftsland begleiten, nur um mit umso unangreifbarer Autorität die Überlegenheit „britischer“ Werte zu affirmieren (228). Mit der materiellen Beteiligung befasst sich die Autorin am Beispiel der Organisation *Hindu Aid*, die vom *Department for International Development*, der britischen Entwicklungsagentur, finanziert wird und mit dem rechtsradikalen Netzwerk *Sangh Parivar* in Indien eng verbunden ist. Deutlich wird, dass die Kooperation mit Diaspora-Organisationen selektiv ist: So glaubten die britischen Medien antimuslimischer Hetze über Zwangs-konvertierungen von Hindumädchen durch islamische Extremisten, die durch hindunationalistische Gruppen in die Welt gesetzt worden war – ohne irgendeinen dokumentierbaren Fall (235).

Den Aufstieg des Hindunationalismus und der *Bharatiya Janata Party* sieht die Autorin dabei eng verknüpft mit der Ausbreitung des Neoliberalismus in Indien. Denn dieser Hindunationalismus konstruiert die Differenz, auf der er beharrt, ausschließlich als kulturelle, essentialisierte und kommodifizierte – ohne jede kritische Sicht auf Kapitalismus oder Imperialismus. Damit affirmiert er das Subjekt vor allem als unternehmerisches Selbst. Hier findet sich der gemeinsame Nenner zwischen britischer Regierung und Hindunationalismus (240).

Liberale werden bei der Lektüre des Buches sicher oft schlucken und sorgfältigere Belege einfordern, und Ähnliches kann auch für die weit moderatere Kritik an poststrukturalistischen und postkolonialen Ansätzen (das Übliche: Vernachlässigung des Ökonomischen) gesagt werden. Aber ungeachtet kleinerer Mängel ist Kalpana Wilson mit dem Buch ein großer Wurf gelungen. Sie arbeitet nicht nur überzeugend an empirischen Beispielen die Verknüpfung von Rassismus und Entwicklungsdiskurs heraus, sondern illustriert auch die rassialisierte Produktion materieller Körper (171). So zeigt sie, dass rassialisierte Muster globaler Akkumulation auch heute noch andauern, selbst wenn nationale und transnationale Eliten nicht mehr ausschließlich weiß sind (182). Die konsequent vorgenommene Verknüpfung von postkolonialer, marxistischer und geschlechterpolitischer Perspektive verleiht dem Buch das Potenzial zum Klassiker.

Aram Ziai

Maryam Borghée: *Voile intégral en France. Sociologie d'un paradoxe*. Paris: Michalon 2012, 256 Seiten

Muslimische Verschleierungspraxen sind in westlichen Gesellschaften bevorzugter Aufhänger für die Konstruktion eines orientalistischen Imaginären. Gründe und Bedeutung dieses Kleidungsverhaltens werden dabei als offenkundig unterstellt: patriarchale Frauenunterdrückung und fundamentalistischer Bekehrungseifer. Auf solche Ansichten stützen sich die Forderungen nach Verboten in unterschiedlichen sozialen Räumen wie Schulen, in Deutschland etwa prominent von Seyran Ates und Necla Kelek erhoben (z.B. in *Emma* September/Oktober 2009). In Frankreich sind nach einer *moral panic* 2004 Kopftücher (republikanisch formuliert: „sichtbare religiöse Zeichen“) an öffentlichen Schulen und 2010 die Vollverschleierung („Verhüllung des Gesichts“) im öffentlichen Raum verboten worden. Gegnerinnen solcher Regelungen, hierzulande z.B. Christina von Braun und Bettina Mathes (2007), versuchen solche Politiken durch kulturwissenschaftliche Betrachtungen über herrschaftliche Bedeutungsökonomien zu entlarven, tragen damit aber ebenfalls nicht wirklich zum Verständnis der in Frage stehenden Bekleidungspraxen bei.

Das vorliegende Buch hat das Verdienst, am Beispiel der Vollverschleierung in Frankreich Antworten auf wichtige, in den oben genannten Debatten unbeantwortete Fragen zu suchen: „Was ist der *niqab* genau und welche Frauen tragen diese Art Kleidung in Frankreich? Hat ihr Gebrauch eine Verbindung zum Islam? Welches sind die sozialen Faktoren hinter dieser Praxis? Handelt es

sich um eine freie Wahl oder um eine Beeinflussung durch *pressure groups*? Wie vollziehen diese Frauen konkret die Vollverschleierungspraxis?“ (27) Die Verfasserin greift damit das Vorbild der einzigen in Frankreich durchgeführten, schon etwas in die Jahre gekommenen empirischen Untersuchung muslimischer Verschleierungspraxen auf (Gaspard & Khosrokhavar 1995).

Maryam Borghées interdisziplinäre Analyse liegt eine zweijährige Forschung zugrunde, in deren Rahmen u.a. 24 Leitfadenterviews mit vollverschleierten Frauen durchgeführt wurden. Die junge Pariser Soziologin zeigt, dass deren Bekleidungspraxis Ausdruck einer individuellen und selbstbestimmten, meist internetgestützten Aneignung des Salafismus ist. Dabei sei zwischen (sich unter besonderem religiösen Beweisdruck wählenden) Konvertitinnen (81-93) und „Re-islamisierten“ (75-79) zu unterscheiden – eine Typologie, die an die von Françoise Gaspard und Farhad Khosrokhavar (1995: 34-69) vorgetragene Unterscheidung von Kopftuchträgerinnen erinnert: ältere, immigrierte Frauen; jugendliche, in Frankreich aufgewachsene, unter dem Einfluss ihrer Familien stehende Mädchen und junge, gut „integrierte“ Frauen, die eine selbstbestimmte Absage an Assimilation formulierten. Als „Re-islamisierte“ bezeichnet Borghée Frauen, die bereits durch ihre Sozialisation über eine Beziehung zum Islam verfügten und sich von abnehmenden religiösen Familientraditionen durch deren Radikalisierung abzugrenzen versuchten. Anders als der vorherrschende Diskurs häufig insinuiert, stünden sie daher gerade nicht unter dem Druck von religiösen Gruppen (62ff) oder Ehemännern (151ff). Sie handelten

voluntaristisch, überlegt und kontrolliert; vollverschleierte Frauen seien allemal handlungsmächtige Subjekte (130f).

Auch die der Vollverschleierung oft zugeschriebene „Fremdheit“, die aus einer diskursiven Verkopplung mit Migration resultiert, verweist Borghée in den Rang der nicht besonders erkenntnisförderlichen Ansichten. Es seien soziale Dynamiken innerhalb der französischen Gesellschaft, die die Entscheidung zu einer solchen Kleidung bestimmten (108ff, 133ff). „Auf persönlicher Ebene [...] verschafft die Vollverschleierung Sinn und Steuerung für ein aus sozialen Ordnungen herausfallendes [*anomique*] Subjekt, indem sie eine strukturierte Lebensform einrichtet; auf sozialer Ebene deutet die Vollverschleierung auf eine aktive, freiwillige und nicht erzwungene Marginalisierung hin. Kann man daher ein Integrationsdefizit geltend machen, wenn diese beunruhigenden Gestalten [*figures troubles*] in Frankreich geboren und zur Schule gegangen, in manchen Fällen auf dem Land aufgewachsen sind und Ambre oder Lydie heißen? Für die Republik ist das Problem umso verunsichernder, als es selbstgemacht ist.“ (204) Neben ihrer französischen Sozialisation verfügen alle Frauen, die an der Untersuchung teilgenommen haben, über die französische Staatsbürgerschaft und sprechen Französisch als Muttersprache. Den Ausschlag für die Verschleierungspraxis gäben also weniger bestimmte nationale oder ethnische Hintergründe als vielmehr spezifische Lebenserfahrungen und prekäre soziale Lagen. Es seien vor allem Frauen der jüngeren Generation, die in einem spezifischen gesellschaftlichen Kontext (sozio-ökonomische Marginalisierung, räumliche

Segregation, antimuslimischer Rassismus usw.) zur Vollverschleierung greifen. Das „Paradox“, das im Untertitel des Buches firmiert, bestehe nun darin, dass diese Kleidungsform zu einem Subjektschutz einer sozial „verletzlichen Klasse“ [*classe de vulnérabilité*] (133ff) geworden sei, gleichzeitig aber mit einer manifesten Sichtbarkeit und neuen Ausgrenzungserfahrungen einhergehe.

Neben den mit sozialer Ungleichheit verbundenen Motivationen macht die Autorin eine bestimmte Sozialpsychologie hinter der Vollverschleierung aus: Die Frauen durchliefen oft prekäre Prozesse der Subjektconstitution. Ihr Aufzug sei vor diesem Hintergrund ein „Emblem des Selbst“ (79), ein „Kleidungszeichen“ eines „Kampfes um Anerkennung“ (84), das „gerade nicht als ein Wille zur Auslöschung [*annihilation*] verstanden werden sollte“ (112) und „genau genommen nicht auf Religion zu reduzieren“ (193) sei. Angesichts der wesentlich individuellen Aneignung dieser Kleidung zieht Borghée eine provokative Schlussfolgerung: „Die Vollverschleierung tendiert dazu, sich zu ‘demokratisieren’, ein Konsumobjekt unter anderen zu werden, zum freien Verfügung zugänglich.“ (68)

Das französische Verbot der Vollverschleierung von 2010 verkennt nicht nur die komplexe Gemengelage, die sich hinter den gesichtsverhüllenden Ganzkörpergewändern verbirgt. In seiner parlamentarischen Ausarbeitung wurde zudem der Laizismus bemüht, d.h. die 1905 kodifizierte Säkularisierung der Politik, die Religions- und Gewissensfreiheit, Gleichbehandlung und weltanschauliche Neutralität des Staates festschreibt. Borghées abschließend formulierte Kritik erteilt dieser

Instrumentalisierung zu Recht eine klare Absage: Laizismus sei „ein politischer Organisationsmodus der Institutionen durch die Trennung des Religiösen vom Staat“, der sich „nicht an die Individuen richte, sondern ausschließlich an die Institutionen und ihre Vertreter“ (212). Damit ist zugleich auf die zunehmend assimilatorischen Reformulierungen des französischen Republikanismus verwiesen, mit denen seit den späten 1980er Jahren Freiheiten religiöser Minderheiten massiv eingeschränkt werden (vgl. dazu Baubérot 2006; Laborde 2008). Borghées Buch ist auch ein willkommener Einspruch gegen diesen Trend.

Kolja Lindner

Literatur

- Baubérot, Jean (2006): *L'intégrisme républicain contre la laïcité*, La Tour d'Aigues.
 von Braun, Christina, & Bettina Mathes (2007): *Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen*. Berlin.
 Gaspard, Françoise, & Farhad Khosrokhavar (1995): *Le foulard et la République*. Paris.
 Laborde, Cécile (2008): *Critical Republicanism. The Hijab Controversy and Political Philosophy*, Oxford.

Georg Klute & Peter Skalník
 (Hg.): *Actors in Contemporary African Politics*. Münster:
 LIT 2013, 192 Seiten

Was sind politische Akteure? Welche Akteure sind für das gegenwärtige politische Geschehen in Afrika von Bedeutung? In welchem Verhältnis stehen sie konzeptionell und empirisch zu sozialen Strukturen und Verhältnissen auf unterschiedlichen Ebenen (lokal, national, global)? Diesen Fragen gehen die Autor_innen des Bandes in insgesamt acht Kapiteln nach. Alle Beiträge stützen

sich auf umfangreiche empirische Forschungen, die meisten aus dem Bereich der politischen Anthropologie.

Je ein konzeptionell ausgerichtetes Kapitel zu Beginn (*Georg Klute*) und Schluss (*Peter Skalník*) des Bandes bilden den Rahmen für sechs Fallstudien zu unterschiedlichen westafrikanischen Staaten. Drei Beiträge befassen sich mit Nigeria: mit dem *Freedom of Information Act* (*Jennifer Obado-Joel*), mit der Diaspora als politischem Akteur (*Nengak Daniel Gondyi*) und mit „*First Ladies*“ (*Linn Asplund*). *Julius Lambi* untersucht Erfolgsstrategien zivilgesellschaftlicher Organisationen im Nordwesten Kameruns. *Olga Veselevskaya* beschäftigt sich mit muslimischen Bruderschaften in Senegal. Die sechste Fallstudie widmet sich Ghana: *Stephen Atalebe* und *Veronika Kuthanová* untersuchen, welche Strukturen den (partei-)politischen Erfolg spezifischer Akteure in der ghanaischen Politik erklären. Anders als in vielen Darstellungen afrikanischer Politik seien es nicht primär ethnische Loyalitäten, aufgrund derer Menschen in Ghana bestimmte politische Führungsfiguren unterstützen. Eine bedeutendere Rolle spielten regionale Bindungen, wobei die ghanaische politische Landschaft in zwei regionale Blöcke gespalten sei. Auch *Peter Skalník* stützt sich in seinem abschließenden konzeptionellen Kapitel auf empirische Forschungen in Ghana. Er warnt gleichfalls davor, Ethnizität a priori als dominante Kategorie in der afrikanischen Politik zu unterstellen. Die gegenwärtigen Konflikte im Norden Ghanas seien weniger als ethnisch, sondern vielmehr als soziopolitisch zu verstehen. Zugrunde lägen ihnen zum einen Verteilungskonflikte um den Zugang zu

Land, zum anderen Herrschaftskonflikte, in denen es unter anderem um *chief-tnacy* gehe.

Georg Klute stellt in seinem einleitenden Beitrag das Konzept der Heterarchie vor. In Abgrenzung zu vorherrschenden hierarchischen Konzeptionen verweist der Begriff der Heterarchie darauf, dass politische Herrschaft eher als komplexe Figuration staatlicher und nichtstaatlicher Akteure und sozialer Ordnungen zu fassen ist, was Klute anhand seiner eigenen umfangreichen Forschungen im Norden Malis illustriert. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Kritik an der in Politik und Wissenschaft weit verbreiteten Rede von „unregierbaren Räumen“ in Afrika, Räumen „begrenzter“, „gescheiterter“ oder „zerfallender“ Staatlichkeit und ähnlichem. Was als „unregiert“ dargestellt werde, hält Klute entgegen, werde vielleicht in einer Weise regiert, die den jeweiligen Beobachter_innen fremd sei oder nicht deren normativen Vorstellungen entspreche, welche sich oftmals unreflektiert am Konzept liberal-repräsentativer Demokratie und am westlichen Nationalstaat nach Weber'schem Modell orientierten. Ausgehend von der Kritik an staatszentrierten Konzepten, die afrikanische Staatlichkeit als defizitär darstellen, dreht *Georg Klute* die Perspektive herum und fragt danach, „was afrikanische Entwicklungen uns über die Entwicklungen in anderen Teilen der Welt sagen“ (2).

Alle Beiträge des Buches stellen in medialen, politischen und akademischen Debatten verbreitete vorschnelle und oberflächliche Annahmen über afrikanische Politik in Frage: den Dualismus von „traditioneller“ und „moderner“ Herrschaft (beispielsweise von „traditionellen

Chiefs“ und „modernem Staat“), die Behauptung von afrikanischer Staatlichkeit als „schwach“ oder „kollabierend“, Ethnizität als alles überlagernde Strukturkategorie. Demgegenüber wird deutlich, dass politische Akteure nicht auf Parteien, Politiker_innen und formal verfasste Akteure zu beschränken sind, und dass Staatsbürgerschaft, Zugehörigkeit, Partizipation und Teilhabe zentrale Konfliktfelder darstellen. Es ist augenscheinlich, dass dies für alle Weltregionen gleichermaßen gilt. Obwohl sich der Band mit Akteuren in der „gegenwärtigen afrikanischen Politik“ befasst, liefert er zahlreiche, empirisch fundierte Belege, die gegen die Rede von der „afrikanischen Ausnahme“ sprechen. Schlussendlich sind politische Prozesse stets sozial und historisch kontingent – in Afrika wie anderswo.

Bettina Engels

Mattesburger Kreis für
Entwicklungspolitik (Hg.): *Southern Africa: 20 Years Post-Apartheid*.
Journal für Entwicklungspolitik,
Bd. 29, Nr. 4. Wien: Mandelbaum
2013, 105 Seiten

1994 – das Jahr bot eine zeitliche Zäsur für die Entwicklung im südlichen Afrika und auf dem gesamten Kontinent. Mit der offiziellen Abschaffung der Apartheid wurden erstmals demokratische Wahlen in Südafrika möglich, und Namibia erhielt seine politische Unabhängigkeit. Die *Southern African Development Community* (SADC) gewann an Bedeutung und konnte zur Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen in der Region beitragen. Dazu zählt keineswegs nur der Handel, sondern

auch die transnationale Migration, insbesondere in Form von Wanderarbeit.

Zwanzig Jahre später scheint ein geeigneter Zeitpunkt zu sein, um positive Entwicklungen einerseits und Probleme andererseits zu bilanzieren. Darauf zielt das vorliegende Themenheft des *Journals für Entwicklungspolitik* ab. Die Zeitschrift ist ein Organ der politischen Entwicklungsforschung in Österreich. Aus diesem Grund präsentieren Forscher der Universitäten in Wien und Salzburg die themenrelevanten Ergebnisse ihrer Arbeit. Zudem kommen südafrikanische und namibische Wissenschaftler_innen zu Wort. Drei der insgesamt vier ausführlichen Artikel sind von jeweils zwei Autoren verfasst. Neben der Internationalität charakterisiert die Interdisziplinarität dieses Themenheft. So wirken Ökonomen, Architekten, Konfliktforscher, Geographen und Historiker mit. Im Folgenden wird das Spektrum der Beiträge an zwei Aufsätzen exemplarisch vorgestellt:

Joachim Becker, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Wien, und *Koen Smet*, Entwicklungsgeograph in Salzburg, spannen mit ihrem einleitenden Überblicksaufsatz einen großen Bogen. Sie zeigen die Verschränkungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Prozessen auf, wobei sich ihre Analyse durch sinnvolle historische Rückbezüge auszeichnet. Ausgewählte Ereignisse wie der Aufstand von Schüler_innen in Soweto 1976 ordnen sie in zeithistorische Entwicklungen ein, in diesem Fall in die Arbeitsmarktpolitik des Apartheidregimes. Auch die von Becker und Smet gewählten zeitlichen Zäsuren, etwa die Unabhängigkeitskriege in Mozambik und Angola, und die desaströsen ökonomischen Folgen

der Destabilisierungspolitik Südafrikas in diesen Ländern ab Mitte der 1970er Jahre finden Beachtung. Zur Sprache kommen die politischen Verhandlungslösungen, die Simbabwe 1980 und Namibia 1994 schließlich in die Unabhängigkeit führten.

Mit Blick auf die Entwicklungen während der letzten zwanzig Jahre konzentrieren sich die Autoren auf Machtpraktiken von Regierungsparteien in der Region, konkret auf die *Movimento Popular de Libertação de Angola* (MPLA) in Angola und die *Zimbabwe African National Union-Patriotic Front* (ZANU-PF) in Simbabwe. Ferner skizzieren sie unterschiedliche nationale Wirtschaftspläne, die Rolle von Gewerkschaften und die Auswirkungen asymmetrischer Wirtschaftsbeziehungen, etwa durch Handelsabkommen mit der Europäischen Union, teilweise kommentieren sie diese kritisch. Insgesamt wirft dieser gut lesbare Artikel Schlaglichter auf zentrale Probleme im südlichen Afrika und bietet auch Leser_innen, die mit der Region nicht vertraut sind, informative Einblicke.

Eine Spezifizierung nimmt der Beitrag von *Chris Saunders* und *Dawn Nagar* vor. Ihr zeitlicher Längsschnitt analysiert die Bedeutung Südafrikas in der SADC. Diese Wirtschafts- und Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika wurde bereits 1992 gegründet, Südafrika trat ihr 1994 bei. Vorläufer waren Ideen zur Kooperation der *Frontline*-Staaten, also der Nachbarländer des Apartheidstaates, während des Kalten Krieges in den 1970er Jahren. Saunders und Nagar erläutern, dass auch Tanzania und Zambia damals an einer informellen Kooperation mitwirkten. Weiterhin führen die historisch argumentierenden

Autoren aus, dass die SADC 1992 ihr Koordinationsbüro in Botswana erhielt und der zimbabwische Präsident Robert Mugabe eine Schlüsselfunktion im regionalen Austausch übernahm. Sein Dominanzstreben wurde jedoch mit dem Amtsantritt Nelson Mandelas in Frage gestellt, zumal der neue südafrikanische Präsident sich als Friedensakteur auf dem Kontinent positionierte. Die Spannungen, die daraus in SADC-internen Gremien resultierten, konnten nach Saunders' und Nagars Einschätzung erst 2001 beigelegt werden.

Südafrikas Führungsanspruch als Konfliktvermittler auf dem Kontinent verstärkte Mandelas Nachfolger Thabo Mbeki, der bereits 1997 – noch unter Mandela – die Integration der Demokratischen Republik Kongo in die SADC forciert hatte. Die SADC war in die Kongokriege verwickelt und wirkte an Friedensbemühungen mit. Mbekis Rolle als Vermittler einer Einheitsregierung in Zimbabwe nach den umstrittenen Wahlen 2008 nehmen Saunders und Nagar kritisch unter die Lupe.

Noch deutlicher ist ihre Kritik an der Politik Südafrikas gegenüber der SADC, die sie als inkonsistent analysieren. So sei die Regierung in Pretoria nicht bereit, staatliche Souveränität an die SADC abzugeben, und verfolge zudem gezielt eigene wirtschaftspolitische Interessen. Die Nachbarländer seien demnach vor allem als Absatzmärkte attraktiv, damit zahle sich die SADC für Südafrika auf vielfältige Weise aus. Die Ungleichheiten innerhalb der SADC und der hegemoniale Anspruch der ANC-Regierung werden nach Einschätzung der Autoren durch einen Vergleich mit Wirtschaftsgemeinschaften im Zentrum und Osten des

Kontinents bestätigt: Auch hier dominierten Südafrikas Exportinteressen.

Indem Saunders und Nagar auf den Bedeutungsgewinn der ökonomischen Allianzen mit Brasilien, Russland, Indien und China (BRICS) eingehen und Handelsabkommen zwischen den USA und Südafrika berücksichtigen, ordnen sie ihre detailreiche Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen dem Land am Kap und seinen Nachbarstaaten in globale ökonomische und geostrategische Zusammenhänge ein.

Insgesamt bietet das Themenheft mit seinen differenzierten Auseinandersetzungen und multidimensionalen Perspektiven aufschlussreiche Darlegungen der Strukturen und Probleme im südlichen Afrika zwanzig Jahre nach der dortigen demokratischen Wende.

Rita Schäfer

Timothy Gibbs: *Mandela's Kinsmen. Nationalist Elites & Apartheid's first Bantustan*. Woodbridge: James Currey 2014, 208 Seiten

Aufmerksameren Beobachtern ist es nicht neu, dass Nelson Mandela und auch der ANC generell besondere Beziehungen zu traditionellen Führern unterhielten bzw. unterhalten. Ebenso ist unverkennbar, dass diese Beziehungen ein schwieriges Thema darstellten, solange sich aus den Reihen der traditionellen Führer unverzichtbare Komponenten des Projektes der *Grand Apartheid* rekrutierten, nämlich die Funktionseliten, die die *Homelands*, so gut es ging, zusammenhielten und sich dabei häufig bereicherten. Andererseits wurde in der Endphase der Apartheid auch deutlich, dass die manichäischen Zuordnungen, welche unverzichtbare Bestandteile des

Allgemeinwissens nicht nur der breiten Anti-Apartheidbewegung, sondern auch mit ihr verbundener Wissenschaftler waren – der Rezensent kann sich hier nicht ausnehmen –, angesichts einer sich immer komplexer darstellenden Realität zusehends unhaltbar wurden.

Den sich damit andeutenden Ambivalenzen geht Gibbs mit einiger Detailfülle nach. Er bezieht sich dabei auf das Paradigma der Transkei, heute die Osthälfte der Provinz Eastern Cape. Als das größte zusammenhängende Reservatsgebiet in Südafrika wurde die Transkei ab Mitte der 1950er Jahre zum Muster-Bantustan ausgebaut, um schließlich 1976 in eine international nie anerkannte Scheinunabhängigkeit entlassen zu werden. Dieser Prozess war aufs Engste mit dem Handeln und den Schicksalen einer recht begrenzten Gruppe von Personen verbunden, die zumeist der regionalen Aristokratie entstammten. Zu großen Teilen hatten sie, wie Nelson Mandela, Walter Sisulu, Oliver Tambo und später Winnie Madizikela-Mandela nach der Übersiedlung in die urbanen Zentren, vor allem nach Johannesburg, herausragende Rollen im ANC und im Widerstand gegen Apartheid gespielt. Gibbs kontrastiert diese Biographien, unter denen er Mandela besonders heraushebt, einerseits mit der Figur Govan Mbekis, der sich innerhalb des ANC für einen lokalen, an den ländlichen Gebieten orientierten Aktivismus entschied, sowie andererseits von Kaiser Matanzima, eines engen Verwandten und früheren Freundes Mandelas, der sich entschloss, die Aufstiegschancen zu nutzen, die sich gebildeten Angehörigen der führenden Familien boten. Matanzima wurde Premierminister und Präsident der Transkei. Neben Mandela

und Matanzima, die beide jüngeren Linien des Thembu-Königshauses angehörten, verweist Gibbs auch ausführlich auf den legitimen Thembu-König Sabata Dalindyebo, der wegen seines Widerstandes gegen die *Homeland*-Politik schließlich abgesetzt wurde und sich gezwungen sah, ins Exil nach Lusaka zu gehen. Schließlich scheiterte das *Homeland*-Projekt an den inhärenten Widersprüchen, Kaiser Matanzima und sein Bruder George wurden gestürzt und die fragwürdige Staatlichkeit unter dem mit dem Namen Bantu Holomisa verbundenen Militärregime wurde schließlich gegen das Apartheidsregime gewendet. In den letzten Jahren vor der Erringung der Mehrheitsherrschaft 1994 diente die Transkei geradezu als Operationsbasis sowohl für den ANC wie für den rivalisierenden, heute marginalisierten *Panafrikanist Congress of Azania* (PAC).

Der Weg dahin lässt sich sicherlich nicht allein durch persönliche Biographien und Familiennetzwerke nachzeichnen. Gibbs zeigt auf, dass bis in die 1950er Jahre hinein auf den wiederum durch personelle Überschneidungen miteinander verbundenen Ebenen der traditionellen Führer und ihrer Ratsleute, der Schulen und Lehrer, einer kleinen Zahl schwarzer Anwälte sowie immer wieder neu auftretender Zeitungen und Nachrichtenblätter ein politischer Raum entstanden war, in dem die von ihm so genannte „Notabeln-Politik“ agieren konnte. Diese Strukturen waren in der Lage, dem Bantustan-Plan erheblichen Widerstand entgegenzusetzen, zeitweise mit dem „Comrade King“ Sabata Dalindyebo an der Spitze. Unter solchen Umständen kann es nicht erstaunen, dass persönliche Eigenschaften und

Schwächen ebenso eine wichtige Rolle spielten wie die Fähigkeit der sich etablierenden *Homeland*-Regierung, wichtige Personen zu kooptieren und regelrecht zu bestechen. Verschiedentlich verzeichnet Gibbs in krisenhaften Zuspitzungen auch das persönliche Auftreten von Winnie Madizikile-Mandela, die aus dem Pondo-Königshaus in der Ost-Transkei stammt, gleichsam in Familienangelegenheiten. Es kam in solchen Situationen auch zu Interventionen in der Form von Briefen Nelson Mandelas aus der Haft.

Die Transkei spielte auch eine wesentliche Rolle bei verschiedenen Versuchen des ANC, nach dem Übergang zum bewaffneten Kampf 1960 eine Guerilla-Kampagne aufzuziehen. Dies gilt für die frühen 1960er Jahre, als Govan Mbeki an der Spitze der geheimen Organisation stand, und anders für die 1980er Jahre, als Chris Hani von Lesotho aus ein Netzwerk von Guerilla-Aktivisten befehligte, das nicht zuletzt durch alte Verbindungen von ANC-Veteranen ermöglicht wurde, die aus der Haft auf Robben Island zurückgekehrt waren. Immer wieder betont Gibbs in allen diesen Fällen die engen Verbindungen, die nicht zuletzt durch den gemeinsamen Besuch der über die Region verstreuten Lehranstalten begründet worden waren. Diese Schulen und Colleges, aber auch die später gegründete *University of the Transkei* wurden zu weiteren Brennpunkten des Widerstands, aber auch der Repression. Zugleich waren sie durch eine zahlenmäßige Expansion gekennzeichnet, die weder auf der Ebene des Lehrpersonals noch der Infrastruktur von Schulen und Wohnheimen adäquat aufgefangen wurde und so Anlass zu weiteren Protesten gab.

Mit dem Sturz des Matanzima-Regimes war offenbar der Weg frei zu einer ungehemmten und zuweilen chaotischen Ausbreitung sozialer Bewegungen, wie Gibbs vor allem anhand wiederholter Streiks von Lehrern zeigt. Zugleich belegt die Darstellung wie brüchig die Kontrolle war, die die Militärregierung mit Holomisa an der Spitze ausüben konnte. Schließlich skizziert Gibbs auch die Entwicklung nach 1994 in den teilweise wiederum gebrochenen Karrieren einzelner Akteure ebenso wie in der Konsolidierung der Position der traditionellen Führer.

Das Buch ist vor allem wertvoll, weil es über weite Strecken auf neu erschlossenen Primärquellen beruht. Die Darstellung leidet etwas unter dem sehr auf Persönlichkeiten orientierten Zugriff, der sich nicht durchhalten lässt. Wiederholt gleitet Gibbs in so etwas wie eine allgemeine Geschichte der Transkei hinüber. Störend sind die manchmal pauschalen Urteile über soziale Bewegungen, etwa die Streikbewegung der Lehrer in den frühen 1990er Jahren, die hier nur als Gefährdung des Schulbetriebs erscheinen und wenig auf ihre Ursachen befragt werden. Gerade aufgrund der Quellennähe problematisch sind das chaotische Literatur- und Quellenverzeichnis sowie gelegentlich gehäuft auftretende Satz- und Grammatikfehler. Daher ist eine nachvollziehende Lektüre zuweilen mühsam, letztlich aber gewiss lohnend.

Reinhart Kößler

Guillermo Delgado & Herbert Jauch (Hg.): *Trade Unions at the Crossroads? Reflections on the Challenges and Opportunities facing Namibia's Labour Movement*. Windhoek: The Sociology Department, University of Namibia & The Friedrich Ebert Stiftung, Windhoek Office 2014, 138 Seiten

Die Gewerkschaftsbewegung im gesamten Südlichen Afrika befindet sich in einer kritischen und spannenden Phase. Auch in Namibia häufen sich die großenteils inoffiziellen Streikbewegungen. Diese deutlichen Hinweise auf die bestenfalls noch begrenzte Bindungskraft der etablierten Gewerkschaften verbindet sich mit der Entstehung neuer Föderationen. Was auf den ersten Blick vor allem als Zersplitterung erscheinen mag, erweist sich bei näherem Zusehen als ein weit komplexerer und interessanterer, eventuell auch durchaus zukunftsweisender Prozess. Die vorliegende Broschüre enthält Beiträge zu einer Vorlesungsreihe, die turnusmäßig im August 2013 an der *University of Namibia* abgehalten wurde. Neben Wissenschaftlern kamen dabei auch Funktionäre und Funktionärinnen der beiden konkurrierenden namibischen Gewerkschaftsbünde zu Wort, deren Diskussion hier dokumentiert wird.

Den analytischen Bezugsrahmen setzt der seit Jahrzehnten als Forscher und Gewerkschaftsaktivist tätige *Herbert Jauch* mit einem eindrucksvollen Überblick über die Entwicklung der namibischen Gewerkschaften seit den 1980er Jahren. Damals entstand die *National Union of Namibian Workers* (NUNW) als Teil des internen

Widerstandskampfes gegen die südafrikanische Besatzung des Landes. Daraus ergab sich auch die enge Anlehnung an die damalige Befreiungsorganisation *South-West Africa People's Organisation* (SWAPO), die heutige Regierungspartei. Diese Bindung, die für die NUNW nach wie vor Gültigkeit besitzt, wird heute meist mit dem Argument begründet, so am ehesten die Regierungspolitik beeinflussen zu können. Zugleich fällt jedoch „die riesige Mehrheit der Arbeiterklasse – Arbeitslose, im informellen Sektor Arbeitende, Gelegenheitsarbeiter, Hausangestellte usw.“ (47) aus dem gesamten System formalisierter Arbeitsbeziehungen heraus. Ferner hat sich kurz nach der Unabhängigkeit 1990 ein Machtblock etabliert, der bei fortbestehender, extremer sozialer Ungleichheit eben diese weitgehend unvertretene Mehrheit ausschließt. Dazu trägt auch die immer wieder zu verzeichnende Kooptation gewerkschaftlicher Führungspersonen in Regierung und Verwaltung bei.

Es ist unübersehbar, dass sowohl NUNW als auch der unabhängige *Trade Union Congress of Namibia* (TUCNA) große Mitgliedsgewerkschaften im Bereich des öffentlichen Dienstes und der Lehrerschaft haben. Dennoch zeigen die Aussagen von Vertreterinnen und Vertretern beider Gruppen bei der Podiumsdiskussion ein starkes Engagement für eine basisorientierte Gewerkschaftsarbeit, die auch die Massen der nicht in formellen Lohnverhältnissen Eingebundenen berücksichtigt. Dabei betonen die Vertreterinnen und Vertreter der TUCNA-Gewerkschaften vor dem Hintergrund der Erfahrungen einer nach der Unabhängigkeit eng an die Regierungspartei gebundenen NUNW die

große Bedeutung der Unabhängigkeit für eine sinnvolle Interessenvertretung.

Diese Perspektive wird durch den Beitrag des südafrikanischen Aktivisten und Forschers *Mazibuko Jara* noch deutlicher gemacht. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des südafrikanischen Gewerkschaftsbundes (*Congress of South African Trade Unions – COSATU*) als Teil der regierenden *Triple Alliance* mit *African National Congress* (ANC) und Kommunistischer Partei plädiert auch er für Gewerkschaftsautonomie neben dem Aufbau einer linken Oppositionspartei.

Interessant wird die Lektüre nicht zuletzt durch die eher implizite Orientierung vieler Stellungnahmen an einer eigenständigen Position der Gewerkschaften, die stellenweise an syndikalistische Vorstellungen erinnert. Für die Zukunft des südlichen Afrika werden die Schlussfolgerungen wesentlich sein, die aus den Erfahrungen der engen Verflechtung zwischen Gewerkschaft und Partei gezogen werden. Die Form, in der sie diskutiert werden, unterstreicht aber auch die Bedeutung der aktuellen sozialen Bewegungen, die einer linken Politik durchaus realistische Perspektiven zu eröffnen scheinen.

Reinhart Kößler

Ebenezer Obadare & Wendy Williams (Hg.): *Civic Agency in Africa. Arts of Resistance in the 21st Century*. Woodbridge: James Currey 2014, 236 Seiten

Die Debatte über informelle Politik im Afrika südlich der Sahara währt bereits anderthalb Jahrzehnte. Der vorliegende Sammelband ordnet sich durch das Vorwort von *Patrick Chabal* – Ko-Autor

des richtungweisenden *Africa Works* (s. Rez. in *PERIPHERIE* 75) – hier ein. Darüber hinaus stehen die Arbeiten von James Scott (*Weapons of the Weak*) sowie die *Subaltern Studies* Pate, freilich mit der klaren Maßgabe, dass Subalterne durchaus in der Lage sind, zu „sprechen“, freilich auf komplexe und nicht immer sogleich erkennbare Weise. So verweist *Bettina von Lieres* in einer vergleichenden Studie zu Bürger-Protest in Angola und Südafrika auf die Mittlerfunktion zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in den beiden Ländern in höchst unterschiedlichem Maße ausgebildet sind. Noch wichtiger sind die Hinweise auf die Diffusität und Ambivalenz informeller Politik, die sich klaren Frontstellungen und dementsprechend auch jeder nur vordergründig eindeutigen Begrifflichkeit entzieht. *Ilda Lindell* und *Markus Ihalainen* machen dies in ihrer Studie über die Auseinandersetzungen um die Verdrängung informeller Händlerinnen und Händler aus dem Stadtzentrum von Nairobi und den wenig erfolgreichen Versuch, sie auf ein eingegrenztes, kontrollierbares Areal zu begrenzen, eindrucksvoll deutlich.

Wie aber *Ebenezer Obadare* und *Wendy Williams* in ihrer Einleitung und durch Verweis auf eigene Arbeiten deutlich machen, sind informeller Widerstand, aber auch seine Ablenkung in letztlich konformistische Bahnen auch in viel unscheinbarer, weniger auf der Hand liegender Form aufzufinden. So befassen sich allein drei Beiträge mit Gelächter – anlässlich von Kabarett, Satire und Karikatur und wohl nicht zufällig durchweg mit Bezug auf Südafrika nach 1994. Dabei wird auch deutlich, dass Kabarett durchaus auch Kritik abfedern kann, nicht unbedingt zuspitzen

muss. Zugleich zeigen die Wirkungsanalysen bei sicherlich nicht unproblematischer empirischer Grundlage auch die nach wie vor bestehende Zerklüftung der südafrikanischen Gesellschaft, auch aufgrund der Zurechnung zu nach „Rassen“ definierten Gruppen. Hier lassen sich recht unterschiedliche Konstellationen erkennen, wenn man nach hegemonialen Diskursen fragt. Noch sehr viel komplexer stellt sich die Rezeption lokaler Radiosender mit vor allem musikalischen Programmen im Süden Malis dar, der *Dorothea Schulz* nachgegangen ist. Dabei geht es im Anschluss an neuere Debatten über Zugehörigkeit (*belonging*) vor allem um die Diskontinuität des „eigenen Zugehörigkeitsgefühls der Menschen“ gegenüber „offiziellen Konstruktionen nationaler Gemeinschaft“ (200).

Insgesamt eröffnet der Band nicht allein spannende Perspektiven aufgrund von Einzelstudien – zu nennen wären noch Beiträge zu illegalen Erwerbsstrategien vor allem junger Männer in Kamerun und Nigeria oder Auseinandersetzungen mit offiziellen Rechtssetzungen nach dem Völkermord in Rwanda. Er wirft zugleich Fragen nicht allein nach der „Kunst des Widerstands“ auf, sondern auch nach Inhalten und damit der begrifflichen Bestimmung und den Grenzen von Widerstand. Damit stellt sich endlich auch die Frage, wie dies erforscht und intersubjektiv vermittelt werden kann. Einige dieser Fragen werden durch die Lektüre eher aufgeworfen, als dass sie hier expliziert oder gar beantwortet würden. Doch auch dies kann – wie auch dieser Band belegt – ein anregender und weiterführender Beitrag sein.

Reinhard Kößler

Georg Klute: *Tuareg-Aufstand in der Wüste. Ein Beitrag zur Anthropologie der Gewalt und des Krieges*. Köln: Köppe 2013, 696 Seiten

Während der vergangenen Jahrzehnte haben Aufstände von Tuareg, aber auch Entführungen und zuletzt der Krieg und die französische Intervention Anfang 2012 immer wieder für kurze Zeit die Aufmerksamkeit auf den Norden von Mali und Niger sowie den Süden Algeriens gelenkt. Georg Klute hat diese teils überraschenden und stürmischen Entwicklungen seit dem Beginn des Aufstandes in Mali 1990 intensiv erforscht. Nicht zuletzt aufgrund seiner ungewöhnlichen Kontakte zu wichtigen Akteuren und seiner intimen und langjährigen Kenntnis der Region ist aus diesen Arbeiten eine im besten Sinne „dichte Beschreibung“ des Aufstandes der 1990er Jahre, seiner Hintergründe und Folgen entstanden.

Klutes Darstellung geht weit über eine Analyse des für sich schon sehr komplexen Geschehens hinaus. Aus der Untertitel, der die theoretische Einordnung der Studie umreißt, erschöpft keineswegs ihren vielschichtigen Gehalt. Dies wird schon deutlich, wenn im ersten großen Abschnitt auf über 170 Seiten die „Poesie der Revolte“ als Binnendiskurs der exilierten Tuareg auseinandergelegt wird, die in Algerien, vor allem aber in Libyen den Aufstand planten, welcher für sie gleichbedeutend mit der Rückkehr aus dem Exil war. In den 40 dokumentierten und analysierten Liedern werden unterschiedliche Motivebenen deutlich: Neben der Erfahrung des Exils und der damit verknüpften Imagination der Heimat sind dies nicht zuletzt

spezifische Formen des Konflikts, die zumal mit dem kulturell spezifizierten Konzept der „Rache“ kodiert sind. Hinzu kommt die spezifische Vorstellung einer „historischen Nation“, die Anlass für einen extensiven Exkurs über die „berberischen Wurzeln“ der Tuareg gibt.

Sowohl in Mali als auch in Niger wurden die Tuareg-Revoluten von Exilierten angetrieben, die spezifische Fertigkeiten und Orientierungen einbrachten, nicht zuletzt die Kenntnisse moderner Kriegstechniken. Diese hatten viele im libyschen Exil erlernt, wo sie in Militäreinheiten rekrutiert wurden, die zu verschiedenen Zeiten besonders im Tschad und im Libanon kämpften. Wie Klute zeigt, bedeuteten technische Veränderungen der Kriegführung einschneidende kulturelle Innovationen, weil sie die zuvor gültige Praxis des Nahkampfes zumindest relativierten. Doch nicht allein militärische Kenntnisse und Erfahrungen wurden im Aufstand genutzt. Ähnliches gilt etwa auch für Erfahrungen als Touristenführer und im Schmuggelhandel, beides Tätigkeiten, die ihrerseits an die viel ältere Praxis der Karawanen anknüpfen, zugleich aber wesentliche Perspektivwechsel, etwa auf die Bewertung der Wüste mit sich brachten.

War der Beginn des Aufstandes für die darin Aktiven gleichbedeutend mit einer Rückkehr aus dem Exil, so rekonstruiert Klute den „Krieg in der Wüste“ als Beispiel für einen spezifischen „Kleinen Krieg“. Dabei geht es neben Praxen der Kriegführung vor allem um die Logik des Gewalthandelns. Demgegenüber tritt eine chronologische Erzählung deutlich zurück; die Abläufe erschließen sich eher im Verlauf der Lektüre. Dabei verfolgt Klute einzelne Operationen – Überfälle

auf Polizeiposten und Armeebasen, Belagerungen von Rebellen-Stützpunkten – bis in die Details und erzielt so ein lebhaftes Bild vom Geschehen. Wesentlich in analytischer Hinsicht ist dabei die Unterscheidung zwischen Phasen mehr oder weniger eingegrenzter Gewalt und einer „Phase der entgrenzten Gewalt“ (in Anschluss an Kurt Beck), die zugleich als Wendepunkt in der Hinsicht angesehen wird, dass diese Erfahrung den Anstoß zur Suche nach einem möglichen Ausgleich gegeben hat.

Die – aus heutiger Sicht wohl vorübergehende – Stillstellung des manifesten Konflikts bedeutete zugleich die Festigung der Stellung einer „Häuptlingsgruppe“, deren Aufstieg Klute vor allem an der Einführung und Durchsetzung des „administrativen Häuptlingstums“ unter der französischen Kolonialherrschaft festmacht. Nachdem diese Instanz verschiedene Phasen im unabhängigen Mali – wo hier der Schwerpunkt der Analyse liegt – überstanden hatte, war ihre Position mit der Dezentralisierung und Demokratisierung in den 1990er Jahren ernsthaft gefährdet. Durch die Transformation der Rebellion einerseits in einen relativ befriedeten Zustand, andererseits in eine der Häuptlingsgruppe verfügbaren Miliz gelang es dieser Gruppe jedoch, ihre Machtstellung entgegen naheliegenden Erwartungen zu konsolidieren. Klute erklärt dies im Anschluss an Trutz von Trotha und teilweise unter Rückgriff auf Heinrich Popitz mit dem Konzept unterschiedlich ausgestalteter „Basislegitimitäten“. Diese kreisen in erster Linie um die Ausübung überlegener, aber zugleich auch um den effektiven Schutz vor Gewalt. Eine weitere, wesentliche Dimension, die Klute wiederholt anspricht, ist in

diesem Zusammenhang auch die reale Bedeutung der oft einfach für „künstlich“ erklärten Staatsgrenzen auch in einer Region Afrikas, wo dies angesichts extrem dünner Besiedelung und großer Schwierigkeiten zur Kontrolle eher unwahrscheinlich erscheinen mag. Des ungeachtet unterstreicht Klute in einem analytischen Schlussabschnitt nachdrücklich die Strategien, mit denen die ins Zentrum der Betrachtung gerückte Häuptlingsgruppe in der Lage war, im Gefolge des Aufstandes der 1990er Jahre und aufgrund ihrer Rolle sowohl in diesen Kämpfen als auch bei ihrer Beilegung den Status der „Parasouveränität“ zu erlangen, einer auf Gewaltmitteln und der damit ermöglichten minimalen Garantie von Sicherheit begründeten, gegenüber dem Zentralstaat faktisch relativ selbständigen Position. Freilich zeigt sich, dass diese Position zumindest formal durch die Teilnahme an Wahlen und Mitgliedschaft in der Regierungspartei abgesichert wird. Diese Strategie vermittelt sich ihrerseits mit dem – wiederum gewaltträchtigen – Streben der Häuptlingsgruppe nach einer Territorialisierung ihrer zuvor weitgehend auf Personenverbände begründeten Herrschaft. Da dies aber im Kontext der staatlich definierten Strukturen – Wahlkreise, Verwaltungsdistrikte, Kommunalverbände usw. – erfolgt, ergibt sich ein widersprüchliches Bild, das eigentlich geeignet wäre, die verschiedentlich anklingende Rede vom „neopatrimonialen Staat“ oder „soft state“ zumindest zu differenzieren.

Insgesamt erscheint es kaum möglich, diesem faszinierenden Buch in einer Rezension gerecht zu werden. Es fordert – fördert aber auch – die Bereitschaft, sich einsaugen zu lassen und dem

Autor auch in die Arabesken etymologischer Darlegungen und biographischer Details von manchmal halb mythologischen Personen sowie einer mindestens in die Zeit der islamischen Eroberung Nordafrikas zurückreichenden *longue durée* zu folgen. Wer diese Bereitschaft aufbringt, wird auch über kleinere redaktionelle Fehlleistungen, öfters auftretende Wiederholungen u.ä. hinwegsehen, die ein aktives Lektorat sicher behoben hätte. Dazu hätte freilich auch die Verschiebung des „Ethos“ vom Neutrum ins Maskulinum gehört. Das mindert nicht das Verdienst, die dichte, fast durchgängig spannende Beschreibung eines komplexen Gewaltgeschehens mit einer theoretischen und begrifflichen Anstrengung zum Verständnis der dem zugrunde liegenden und daraus resultierenden Gewaltordnungen verbunden zu haben, die allemal die Auseinandersetzung lohnt. Offen freilich bleibt die Verbindung der hier dargestellten Prozesse mit den gleich eingangs in einer Fußnote angesprochenen, dann aber nicht mehr aufgenommenen Ereignissen des Jahres 2012. Gerade auch aus dieser Perspektive dürfen wir gespannt sein auf kommende Arbeiten des Autors.

Reinhart Kößler

Daniel R. Mekonnen & Mussie Tesfagiorgis (Hg.): *The Horn of Africa at the Brink of the 21st Century. Coping with Fragmentation, Isolation and Marginalization in a Globalizing Environment*. Felsberg: edition eins, 2013, 216 Seiten

Die meisten der neun Beiträge des vorliegenden Bandes stammen von zwei Panels der 4th *European Conference on*

African Studies (ECAS4, Juni 2011) mit dem Titel „African Engagements: On Whose Terms?“ in Uppsala. Sie wurden von den Autoren auf den neuesten Stand gebracht und durch eine Einführung, einen geopolitischen Überblick, ein zusammenfassendes Schlusskapitel sowie eine ausführliche Chronologie der wichtigsten Ereignisse zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und der Unabhängigkeit des Südsudans ergänzt. Dadurch wird es möglich, die gegenwärtige Lage in einem größeren politischen und geografischen Kontext zu beurteilen. Den Autoren unterschiedlicher Fachbereiche – vor allem aus Politikwissenschaft und Ethnologie – geht es vor allem um die Schnittstellen zwischen prekären Umweltbedingungen, fragiler bzw. gescheiterter Staatlichkeit und fehlender menschlicher Sicherheit, in einer von Kolonialismus, Kaltem Krieg, Naturkatastrophen und interstaatlicher und innerstaatlicher Gewalt geprägten Region.

Dass der Schwerpunkt der Beiträge auf einem Land – nämlich Eritrea – liegt, ist der Selektivität dieser Art von Konferenzen und Veröffentlichungen geschuldet. Dabei steht die Flüchtlingsthematik im Mittelpunkt. Dies ist der Brisanz des Themas und sicher auch der Tatsache geschuldet, dass jedwede politikwissenschaftliche oder soziologische Forschung in diesem Land zurzeit unmöglich ist. Magnus Treibers Beitrag „Leaving Eritrea, Entering the World: Migration in the Making“ beruht auf Feldforschungen, die er seit 2001 – bis 2004 im Land selbst und seither in den Transit- und Ankunftsändern – betreibt, um den Gründen nachzugehen, die dazu führen, dass jedes Jahr Zehntausende überwiegend junger Leute Eritrea

verlassen. Sie fliehen vor allem vor Zwangsrekrutierung und Zwangsarbeit, vor dem zeitlich unbegrenzten Militärdienst, aber auch vor willkürlicher Verhaftung aus Missgunst, Neid und persönlicher Ranküne. Von Äthiopien und Sudan aus versuchen sie auf lebensgefährlichen Wegen nach Europa oder Nordamerika, oder nach Nahost und Australien zu gelangen. Dabei entwickeln sie erstaunliche Migrations- und Überlebensstrategien, die ihnen auch in ihrer neuen Heimat nützlich sind. Daniel R. Mekonnen weist jedoch in seinem Artikel „Pre- and Post-Migration Patterns of Viictimisation among Eritrean Refugees in the Netherlands“ nach, dass das Leiden nicht nach oft jahrelangen beschwerlichen und kostspieligen Wanderungen durch Wüsten und übers Meer mit der Ankunft im „sicheren Hafen“ zu Ende ist. Es fehlt an adäquater psychologischer Betreuung, und die Schikanen des eritreischen Regimes in Form von Erpressung, Zwangsbesteuerung und Bspitzelung gehen auch in der neuen Heimat weiter.

Weitaus schlimmer ergeht es jedoch tausenden – zu 90 Prozent aus Eritrea stammenden – Flüchtlingen, die Opfer von Menschenhändlern, darunter angeblich auch hochrangige eritreische Militärs, werden. Diese verschleppen bzw. verkaufen die Flüchtlinge nach Sinai, wo sie von Beduinen oft jahrelang gefangen gehalten, gefoltert, erpresst und ihrer Organe beraubt werden, wenn das Lösegeld nicht bezahlt wird, das zwischen 30.000 und 50.000 US\$ liegt. Die Organentnahme wird von Spezialisten durchgeführt, die Organe werden nach Nahost, Europa und den USA verkauft, eine Niere beispielsweise für 100.000 US\$. Mussie Tesfagiorgis befürchtet

in seinem Beitrag „From Troubled Homes to Human Organ Harvesters: the Odyssey of African Refugees in North Africa“, angesichts des Schweigens und der Untätigkeit der sogenannten internationalen Gemeinschaft bestehe die Gefahr, dass diese barbarische Praxis auch in anderen, ähnlich unkontrollierten Gebieten Nachahmer findet. Er fordert zu raschen, vielfältigen Maßnahmen auf. Ob der gemeinsamen Ankündigung des Papstes Franziskus I. und des US-Präsidenten Barack Obama von Ende März 2014, dem internationalen Menschenhandel den Kampf anzusagen, auch Taten folgen, bleibt abzuwarten.

In seinem Vergleich der Entwicklungen in Nicaragua, Nord-Irak und Eritrea nach der Machtübernahme siegreicher Befreiungsbewegungen geht Hartmut Quehl in seinem Text „Shaping the World – Regional Reconfigurations between Globalization Processes and Auto Dynamics: A Comparison between the Horn of Africa, West Asia and Central America“ der Frage nach, wie die jeweiligen revolutionären Erzählungen an den veränderten globalen politischen und ökonomischen Kontext angepasst wurden. Im Mittelpunkt seiner Untersuchung steht hier nicht die Staatsbildung, d.h. die territoriale Rekonfiguration, sondern ob und wie es gelang, zwischen Isolierung, Weltmarktintegration und Aufrechterhaltung der inneren Ordnung ein prekäres Gleichgewicht zu finden, letztendlich immer – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – durch die Verfestigung einer autoritären Machtbasis. Damit ist in gewisser Weise lokaler Zentralismus auch als Widerstand gegen die verwirrenden Veränderungen und Einflussnahmen in einem globalen Kontext zu

verstehen. Trotz zahlreicher Parallelen wäre dieser transkulturelle Vergleich sicher überzeugender, wenn er sich nicht auf die drei Länder beschränkte, sondern weitere Beispiele der Entwicklung von Befreiungsbewegungen zu autoritären Regimen einbezogen hätte, beispielsweise Simbabwe oder Äthiopien.

Das sehr unterschiedliche Selbstverständnis der Oromo in ihrem langen Kampf um Selbstbestimmung in Äthiopien ist das Thema von Jan Záhorik in seinem Artikel „Oromo Secessionism in the Broader Context of the Horn of Africa“. Die bisherige Erfolglosigkeit ist nicht nur auf das Desinteresse des Auslands, sondern vor allem auf die Uneinigkeit der größten Bevölkerungsgruppe am Horn von Afrika über das Ziel ihres Kampfes zurückzuführen: Selbstbestimmung im Rahmen einer Neuordnung des äthiopischen Föderalstaates oder Sezession, wie es vor allem die Oromo-Diaspora fordert. Eine eventuelle Abspaltung würde nicht nur die Stabilität Äthiopiens gefährden, sondern könnte auch andere Nationalismen anfeuern – zum Beispiel im Ogaden und in Darfur – und damit zur weiteren Fragmentierung der Region führen.

Dass durch Sezession und formelle politische Unabhängigkeit die vormaligen innerstaatlichen Probleme nicht gelöst, sondern sogar verstärkt werden können, weist Giorgio Musso in seinem Beitrag „Self-determination and Interdependence in Sudan“ nach. Beim Kampf um Freiheit und Gleichberechtigung gehe es letztendlich um gute Regierungsführung und nicht um Nationalstaatlichkeit, vor allem in einer zunehmend globalisierten Welt. Ob unabhängig oder nicht, das Machtzentrum beute die Peripherie aus, und die neue, aus der siegreichen

Befreiungsbewegung hervorgegangene Regierung monopolisiert die Macht und unterdrückt die Minderheiten. So gesehen sei Selbstbestimmung kein Ziel an sich, sondern ein schwieriger Prozess mit offenem Ende. Musso sieht in diesem Zusammenhang – und andere Autoren des Bandes stimmen ihm zu – in der seit 1991 unabhängigen, aber international nicht anerkannten Republik Somaliland die einzig funktionierende Demokratie der Region. Umso bedauerlicher ist es, dass diesem Beispiel kein eigener Beitrag gewidmet ist.

In seinen „Concluding Remarks“ kommt Mussie Tesfagiorgis zu der wenig ermutigenden Erkenntnis, dass die Region wegen ihrer strategischen Bedeutung seit Jahrhunderten fragmentiert und rekonfiguriert wurde: durch Kolonialismus und Kaltem Krieg, aber auch durch Naturkatastrophen und interethnische bzw. Interklan-Konflikte. Die Folgen sind fragile oder gescheiterte Staaten, die den Menschen weder Entwicklung noch Sicherheit bieten können, sondern weiterhin Konflikte und Massenflucht produzieren

Eva-Maria Bruchhaus

Dirk Göttsche: *Remembering Africa. The Rediscovery of Colonialism in Contemporary German Literature*. Rochester, NY: Camden House 2013, 485 Seiten

Der deutsche Kolonialismus ist immer wieder mit phantastischen Projektionen oder mit den für in der Realität nicht eingelösten Wünschen oder das Reale übersteigenden Perspektiven in Verbindung gebracht worden. Wie Literatur das Streben nach Kolonien im 19. Jahrhundert geprägt hat oder auch

wie die literarische Verarbeitung den Kolonialrevisionismus der 1920er Jahre und damit nicht unwichtige Teile der deutschen Rechten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beeinflusst hat, ist verschiedentlich eindrucksvoll dargestellt worden. Gerade gegenüber dieser nicht unbeachtlichen Rolle kolonialer Bezüge im literarischen Leben wie im öffentlichen Bewusstsein allgemein zumindest vor 1945 wurde auch verschiedentlich auf die koloniale Amnesie verwiesen, die für die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik charakteristisch war.

Demgegenüber hat das Interesse an der eigenen kolonialen Vergangenheit in Deutschland während der letzten 25 Jahre deutlich zugenommen. Dies hat auch seinen Niederschlag in einem erstaunlichen und zuweilen ein wenig beunruhigenden Spektrum literarischer Produktionen gefunden. Der in Nottingham lehrende Germanist Dirk Göttsche fragt nach den Bildern der Kolonialherrschaft und von Afrika, die in diesem Trend zum Ausdruck kommen. Die von ihm herangezogene Literatur reicht von recht trivialen Projektionen romantischer Wunschvorstellungen, der Reproduktion rassistischer Vorurteile oder der schlichten Verlagerung deutscher Geschichten in ein „Afrika“, in dem Schwarze allenfalls zu marginaler Staffage herangezogen werden, bis hin zu sehr ernsthaften Anstrengungen, die Problematik des Kolonialismus und seiner Folgen zu verstehen und künstlerisch zu verarbeiten. Dabei blättert Göttsche ein breites Spektrum von Genres auf: vom Liebesroman über historische Romane bis hin zur Rekonstruktion von Familiengeschichten aufgrund von Dokumenten und mündlicher Tradition, um nur einige zu nennen. Gerade kritische

Auseinandersetzungen mit Kolonialismus und Kolonialherrschaft verlegen ihr Geschehen nicht selten an fiktive Orte an denen sich die dargestellten Verhältnisse in gesteigerter, überhöhter oder karikierter Form präsentieren lassen. Andererseits bieten die ehemaligen deutschen Kolonien eine Reihe konkreter historischer Anknüpfungspunkte. Dies betrifft herausragende Ereignisse wie den Namibischen Krieg (1903-08) mit der „Schlacht am Waterberg“, aber auch bemerkenswerte Persönlichkeiten, die in der Regel an Siedlungsprojekten im damaligen Deutsch-Südwestafrika oder Deutsch-Ostafrika – heute Namibia bzw. Tanzania – beteiligt waren. Nicht zuletzt gilt dies für Frauengestalten, die in unterschiedlicher Weise herkömmliche Geschlechterrollen entweder bestätigen oder aber in selteneren Fällen auch überschreiten. Dies verweist auf die von der Alltagsroutine abgesetzten Möglichkeiten des kolonialen Raums und auch auf die in ihn projizierten Vorstellungen und Wünsche.

Die Kritik am Kolonialismus kommt nicht zuletzt zum Ausdruck in Darstellungen, die die Erfahrungen von Afrikanern in Europa aufgreifen und teils zeitlich weit zurückgehen, als „Neuentdeckung der afrikanischen Diaspora“ in den deutschsprachigen Ländern Europas (237ff). Aber auch Erfahrungen von Europäern in Afrika, als Missionare oder Händler kommen zur Sprache. Wie Götsche immer wieder betont, lassen sich Qualitätsunterschiede bei allen deutlichen Differenzen des Zugriffs und des Genres vor allem in ernsthaften Versuchen einer postkolonialen Perspektive oder umgekehrt am Ignorieren dieser durchgängigen Problematik festmachen. Bei alledem konstatiert Götsche neben

einer von ihm eindrucksvoll zusammengefassten, kaum zu überblickenden und hier nur anzudeutenden Fülle an Beiträgen und Schattierungen Tendenzen zur „Wiederholung und Erschöpfung“ sowie „Normalisierung“ (389) – auch in der zuweilen zum Routinehaften tendierenden interkulturellen Perspektive. Andererseits bietet gerade die damit angesprochene Problematik sehr unterschiedliche, nicht zuletzt durch die entsprechende Auffassung von „Kultur“ gegebene Möglichkeiten, die Begegnung mit dem „Fremden“ und unvermeidlich auch seine Konstruktion zu gestalten.

Götsche hat aber nicht nur ein gedankenreiches Buch geschrieben, er bietet durch seine Darstellungsweise zugleich einen Katalog der von ihm untersuchten Literatur an – durchaus wertende Kurzreferate, die in einigen Fällen nachdrücklich zum Lesen einladen, in anderen freilich eine eigene Lektüre eher aufgrund strikt fachlicher, eventuell auch ideologiekritischer Interessen nahelegen. Auch nur den überaus verlockend erscheinenden Hinweisen zu folgen, könnte das Leseprogramm gerade derer für einige Zeit ausfüllen, die über die Jahre nicht die Gelegenheit hatten, diese spannende literarische Entwicklung im Detail zu verfolgen.

Reinhart Kößler

Gerhard Senft (Hg.): *Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne*. Wien: Promedia 2013 (= Kritische Geographie, Bd. 18), 198 Seiten

Der Band versammelt neben vier Originalbeiträgen fünfundzwanzig meist kurze, zwischen zwei und fünf Seiten

umfassende Ausschnitte, Kurzartikel oder Stellungnahmen von klassischen Autoren (ausschließlich männlich) aus nahezu zwei Jahrhunderten, beginnend mit *François Quesnay* (1758) bis *Otto Neurath* (1922), die sich mit der produktiven Rolle des Bodens für die moderne Nationalökonomie, mit der Rechtfertigung des modernen Privateigentums an Grund und Boden und den Funktionen und Wirkungen der Grundrente für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die landwirtschaftliche Produktion sowie die Versorgung mit städtischem Wohnraum auseinandersetzen. Auch wenn der Herausgeber sich nicht dazu äußert, welche Ziele er mit der Sammlung der Texte verfolgt, ist in der Auswahl der Beiträge schnell die kritische Absicht erkennbar, dem Privateigentum am Boden die gesellschaftliche Rechtfertigung zu bestreiten und nach Bodenordnungen zu suchen, seien sie eher staatlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Natur, die die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mehr oder weniger radikal in Frage stellen.

Der Band wird von einer theorie- und problemgeschichtlichen Einleitung eröffnet, die einen Bogen von den Agrarordnungen der griechischen und römischen Antike über die europäische Feudalzeit, den aufkommenden Agrarkapitalismus im 16. und 17. Jahrhundert, die Prozesse der Verstädterung im 19. und 20. Jahrhundert mit sprunghaft steigenden städtischen Boden- und Mietpreisen, die die städtische Arbeitsbevölkerung ins Elend stürzten, bis hin zum „land grabbing“ der Gegenwart schlägt. Gerhard Senft differenziert zwischen den frühbürgerlichen Positionen von Thomas Hobbes, John Locke und Immanuel Kant und geht

den kolonialen Rechtfertigungen der Enteignung der indigenen Bevölkerung nach. Im Zentrum der theoretischen Überlegungen, aber auch der praktischen Reformvorschläge steht die Frage, ob das Privateigentum an Boden ein Monopol begründet, die Grundrente daher als Monopolrente zu begreifen sei. Daraus resultieren jeweils unterschiedliche Konzepte für die Formen der Abschöpfung oder Besteuerung einer als ungerechtfertigt oder schädlich erscheinenden Grundrente und verschiedene Modelle der Kombination von öffentlichem Eigentum und privater Nutzung. Soweit es die Theorie betrifft, hält der Band offen, in welcher Richtung Lösungen zu suchen wären; auch die in Kapitel VIII wiedergegebene Kontroverse zwischen Joseph Schumpeter und Franz Oppenheimer ist eher von historischem Interesse.

Die Sammlung von Texten ist in neun Kapitel unterteilt, die jeweils mit einer nützlichen Einleitung zu Person und Werk der Autoren und den gesellschaftlichen und politischen Kontexten der angeschnittenen Debatten versehen sind. Kapitel I zu den Anfängen der modernen Bodenreform in Großbritannien und den USA bringt Texte von *Thomas Spence* (1750-1814), *William Oglivie* (1736-1819) und *Thomas Paine* (1737-1809). Spence zeigt die gewalttätigen Wurzeln des modernen Privateigentums auf. Grund und Boden sollten daher den Gemeinden übertragen und an den Meistbietenden verpachtet werden. Einkommen und Überschüsse kämen so der Bevölkerung zugute. Oglivie plädiert für eine Enteignung des Großgrundbesitzes und eine gleichmäßige Verteilung des Bodens unter die Gesellschaftsmitglieder, die von Natur aus alle ein Anrecht auf ein Stück

Land hätten. Diese Vision einer Masse kleiner Grundbesitzer spielt auch in der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Rolle, etwa in den Gesellschaftsentwürfen von Thomas Jefferson (1743-1826). Nach Paine soll die Grundrente, die aus dem Ackerbau entspringt, an die Gesellschaft abgeführt werden, während die Einkommen aus der Bodenverbesserung bei den Produzenten bleiben sollen.

Kapitel II bringt zwei Textausschnitte der französischen Physiokraten *Anne Robert Jaques Turgot* (1727-1781) und *François Quesnay* (1694-1774), nach deren Theorie nur die Landwirtschaft in der Lage ist, Überschüsse hervorzu- bringen, der Staat bzw. die Gesellschaft sich daher allein auf die Besteuerung der Grundrente als arbeitsloses Einkommen zu stützen habe. Trotz aller Kritik an den Mängeln dieser Theorien wirken die physiokratischen Vorstellungen von der Grundlage der Gesellschaft in der Landwirtschaft bzw. dem Bodeneigentum und den sich daraus ergebenden Ansätzen zur Gesellschaftsreform bis in die Gegenwart fort.

Mit Ausschnitten von *Adam Smith* (1723-1790), *David Ricardo* (1772-1823) und *John Stuart Mill* (1806-1873) bietet Kapitel III Texte zur klassischen Theorie der Grundrente. Während Smith von der Existenz eines Monopols der Klasse der Grundeigentümer ausgeht, die sich hierdurch eine absolute Grundrente aneignen könne, gibt es nach Ricardo nur Differentialrenten auf den besseren Böden, während der „Grenzboden“ keine Rente abwirft. Beide sind jedoch ebenso wie Mill für eine Besteuerung der Grundrenten, die sie als Last für die industrielle Entwicklung auffassen. Mill, ein Verfechter des Systems „freier

Märkte“, plädiert für die Besteuerung der Grundrente als arbeitsfreies Einkommen und entschädigungspflichtige Enteignungen. (Erst nach dem Ersten Weltkrieg verschob sich in England unter politischem Druck das Hauptgewicht von einer Rentierschicht von vorwiegend adeligen Grundbesitzern zu selbst wirtschaftenden bäuerlichen Produzenten (vgl. Goodman & Redclift 1991: 59ff).

Unter der Überschrift „Sozialismus an Grund und Boden“ bringt Kapitel IV Texte von *Pierre-Joseph Proudhon* (1809-1865), *Friedrich Engels* (1820-1895), *Karl Marx* (1818-1883) und *Silvio Gesell* (1862-1930). In dem Ausschnitt aus der Denkschrift *Qu'est-ce que la propriété?* von 1840 fragt Proudhon nach dem Recht des Bodeneigentümers, vom Pächter eine Rente zu verlangen. Von Engels findet sich ein Ausschnitt aus der Abhandlung *Zur Wohnungsfrage* von 1872. Darin bezeichnet Engels es als Torheit, mit der Wohnungsfrage eine einzelne gesellschaftliche Frage lösen zu wollen, solange die kapitalistische Produktionsweise bestehe. Marx ist mit einem kleinen Text von 1868 zur Nationalisierung des Grund und Bodens vertreten. Schließlich plädiert Silvio Gesell auf anderthalb Seiten für die „Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag“ (1906) durch die Verstaatlichung der Grundrente in Zuge einer entschädigungspflichtigen Enteignung und Wiederverpachtung des Bodens.

Wie die Texte von *Julius Faucher* (1820-1878), von *Hermann Heinrich Gossen* (1810-1858) und *Marie Esprit Léon Walras* (1834-1910) in Kapitel V zeigen, haben auch liberale Befürworter des Marktes angesichts der Tatsache und

der Größenordnung eines arbeitsfreien Renteneinkommens der großen Grundeigentümer Ideen zur Verstaatlichung des Bodeneigentums entwickelt. Der Journalist Faucher, der nach der gescheiterten Revolution von 1848 ins Exil nach London ging, bleibt bei der Bezifferung des jährlichen Renteneinkommen von zwanzig landbesitzenden Großen auf 90.000 bis 140.000 £ stehen und sieht Abhilfe in Bezug auf die überschüssige Landbevölkerung bei der „Armensteuer“ oder in der „Auswanderung in die Wildnis“ bzw. „Auswanderung in die Innern [...] in die aufblühenden Fabrikstädte“ (91). Interessanter sind die detaillierten Überlegungen Gossens, des Vaters der Grenznutzenschule, zur Verstaatlichung allen Grund und Bodens, wobei „jeder Fleck demjenigen zur Produktion überlassen würde, der die höchste Rente davon zu zahlen sich geneigt findet“ (92). Walras, der Gossen bewunderte, erhofft sich dadurch, dass auf den Pächter der ökonomische Zwang wirken werde, seine Pachtzahlungen zu maximieren, anstelle des Eigensinns des Eigentümers eine möglichst effektive Nutzung des Bodens. Er sieht eine Intensivierung der Landwirtschaft voraus: „[S]ie muss im großen Stil ausgeübt werden auf der Basis einer hohen Kapitalintensität“ (100).

Kapitel VI versammelt Texte von drei einflussreichen Bodenreformern am Ende des 19. Jahrhunderts. *Alfred Russel Wallace* (1823-1913) sieht in der Macht der Landeigentümer in Großbritannien die Ursache für die „unnatürlichen und unwürdigen Bedingungen“, unter denen die große Masse der arbeitenden Menschen zu leben gezwungen sei, und hofft, diese Macht durch die, allerdings entschädigungspflichtige, Umwandlung

des Eigentums in reine Pachtverhältnisse brechen zu können.¹ *Henry George* (1839-1897), dessen Schrift *Progress and Poverty* (1879) zum Bestseller wurde, verzichtet programmatisch auf die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse und setzt vollständig auf die Besteuerung der Grundrente, die er für die Ursache des sozialen Elends hält (102). Wie Wallace befürwortet *Michael Flürscheim* (1844-1912) die entschädigungspflichtige Enteignung von Grund und Boden und seine Nutzung im Rahmen von Erbpachtverträgen. Flürscheim war führend an der Gründung des „Bundes der deutschen Bodenreformer“ im Jahr 1888 beteiligt. Für ihn war das „Bodenmonopol eine Absperrung der wichtigsten Menschenrechte“ (112).

Texte von Autoren, die mit praktischen Siedlungs- und Wohnungsbauprojekten hervorgetreten sind, wie *Theodor Hertzka* (1845-1924) mit der Siedlung „Freiland“ in Ostafrika, bringt Kapitel VII. Daneben sind *Leo Tolstoi* (1828-1910) mit einem Beitrag über die *Sklaverei unserer Zeit*, *Gustav Landauer* (1870-1919) mit einem Ausschnitt aus *Die Siedlung* (1909) über die Vereinigung von Land- und Industriearbeit und von *Otto Neurath* (1882-1945) mit Ausführungen über die 1921 gegründete Siedlungs-, Wohnungs- und Baugilde Österreichs vertreten.

Kapitel VIII bringt in Auszügen die Kontroverse zwischen *Joseph Schumpeter* (1883-1950) und *Franz Oppenheimer* (1864-1943), die zwischen 1917 und 1921 im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* geführt wurde. Die Debatte drehte sich um die von Oppenheimer behauptete Existenz einer „Bodensperre“ oder eines Bodenmonopols, aus der bzw. dem sich

eine Grundrente herleite. Die Debatte zwischen Oppenheimer als Vertreter einer eigenwilligen „objektiven Wertlehre“ und Schumpeter als Vertreter der österreichischen Grenznutzenschule konnte zu keiner Verständigung führen. Für den Leser/die Leserin erschließt sich die Diskussion auch nur schwer, da Oppenheimer, gestützt auf sein Werk *Wert und Kapitalprofit. Neubegründung der objektiven Wertlehre* von 1916, im Grunde den Versuch unternimmt, aus der Monopolrente des Bodens die Existenz des Kapitalzinses in der „Statik“ abzuleiten. Dies theoretisch/theoriegeschichtlich zu würdigen ist jedoch im Band kein Raum. Oppenheimer, der nach 1933 in die USA emigrieren musste, errang Bedeutung für Siedlungsprojekte und die Errichtung einer Siedlungsgenossenschaft bei Nazareth in Palästina im Jahre 1911.

Das abschließende IX. Kapitel „Der Kampf um Grund und Boden heute“ bringt vier Originalbeiträge. *Konrad Berghuber* skizziert Elinor Ostroms Theoreme zur Nutzung von Allmendegütern. An Beispielen aus Ungarn, Albanien und Rumänien stellt *Amelie Lanier* Probleme der Umwandlung des Bodeneigentums in postsozialistischen Staaten vor. *Johannes Jäger* erinnert an die Debatte um die Theorie der Bodenrente in den 1980er Jahren. Schließlich plädiert *Dirk Löhr* kompetent und nachvollziehbar für die Vorteile des kommunalen Erbbaurechts im Städtebau. In der Einleitung zu diesem Kapitel greift *Gerhard Senft* weit aus: von der Landreform in Indien über das Ende der Apartheid in Südafrika zur Landlosenbewegung in Brasilien, von der Ausgabe von Kohlendioxid-Emissionszertifikaten über Agrobusiness in Paraguay bis zu

Landvertreibungen in Tansania. Leider finden diese vielfältigen Landkonflikte, die sich vermehren ließen um die militärischen Konfrontationen um die Schätze auf dem Meeresgrund und vieles mehr, keinen Niederschlag in der Textsammlung, weder zur „Landnahme“, zum Neo-Extraktivismus oder zu „buen vivir“. Auch bietet die von Senft in seinen eigenen Beiträgen herangezogene Literatur wenig Ansatzpunkte zur Weiterarbeit.

Bezogen auf das 18., 19. und beginnende 20. Jahrhundert bietet der vorliegende Band eine nützliche Übersicht über Debatten um das moderne Grundeigentum. Die Auswahl der Texte lässt sich nachvollziehen, auch wenn die Sozialisten von Robert Owen über Karl Marx bis Karl Kautsky und Eduard Bernstein, unterbelichtet bleiben. Stärkere Beachtung hätte auch der „homestead act“ von 1862 finden können, der auf Kosten der indianischen Bevölkerung die selbständige bäuerliche Wirtschaft in den USA förderte. Die Einführungen sind anregend, sodass der Band insgesamt durchaus seine Verwendung in Lehrveranstaltungen finden kann. Zu einer neuen Debatte vermag er indes kaum etwas beizutragen.

Hanns Wienold

Literatur

Goodman, David, & Michael Redclift (1991): *Refashioning Nature. Food, Ecology & Culture*. London & New York.

Anmerkung

- 1 Wie etwa die brasilianischen Verhältnisse zeigen, kann eine Agrarreform durch die Ausgestaltung der Entschädigungspflicht zum Scheitern verurteilt sein.

Ismael Küpeli: *Nelkenrevolution reloaded?* Münster: edition assemblage 2013, 96 Seiten

Im November 2013 hat das portugiesische Parlament das größte Sparprogramm in der Geschichte des Landes verabschiedet. Über vier Mrd. Euro oder 2,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollen 2014 eingespart werden, damit Portugal Mitte dieses Jahres den europäischen Rettungsschirm verlassen kann. Seitdem das Land im April 2011 unter eben diesen Rettungsschirm schlüpfen musste, ist das Land neben Spanien und Griechenland im Fokus europäischer Austeritätspolitik. Doch auch schon zuvor waren Sparpakete und tiefe Einschnitte an der Tagesordnung. Da die Kreditwürdigkeit Portugals im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 2009 herabgestuft wurde, fiel es der Regierung immer schwerer, auf den internationalen Finanzmärkten Kredite zu erhalten.

Als Reaktion auf diese Sparpolitik und ihre sozialen Folgen flammten immer wieder einzelne Proteste auf, die zum Teil, etwa im März 2013, mehr als 1,5 Mio. Menschen, auf die Straße brachten. Da dies die ersten großen Protestwellen seit der Nelkenrevolution im Jahr 1974 sind, sprechen viele Beobachter von einer „zweiten Nelkenrevolution“. Dieser These einer „Nelkenrevolution reloaded“ geht der Autor des vorliegenden Bandes nach und versucht, aus „einer gesellschaftskritischen Perspektive“ (6) die Frage zu klären, wie „soziale Bewegungen entstehen und welche Antworten sie auf die Krise und die neoliberale Krisenbewältigung entwickeln“ (ebd.).

Schon auf den ersten Blick erkennt man, dass das Thema zu groß für das

Buch ist. Auch wenn der Autor in der Einleitung beteuert, dass er keinen sozialwissenschaftlichen, sondern einen politischen und aktivistischen Ansatz verfolge und deshalb „komplexe Zusammenhänge vereinfacht“ (8), so scheint der Anspruch des Buches, einen Vergleich der Nelkenrevolution mit der heutigen Situation aufzustellen, angesichts seines Umfangs als verfehlt.

Der erste von drei Teilen beginnt mit einem „Blick zurück“ (9) und dem Militärputsch von 1929. Auf nur drei Seiten beschreibt Ismael Küpeli die lange Periode der Militärdiktatur unter Antonio Salazar, welche durch eine „Machtbalance zwischen Militär, Kirche und Großgrundbesitzern“ (10) gekennzeichnet gewesen sei. Er ordnet dabei die Diktatur „in den Graubereich der autoritären Regime“ (11) ein, da sie aufgrund der ambivalenten Verhältnisse zu den faschistischen Regimen in Spanien, Italien und Deutschland und den „vergleichsweise niedrigen Opferzahlen des Regimes“ (ebd.) nicht eindeutig als „faschistisch“ bezeichnet werden könne. Indes kann diese Begründung nicht zufriedenstellen. Denn es scheint, als wisse Küpeli selbst nicht so recht, wie er die Militärdiktatur einschätzen soll. „Ob das neue Regime faschistisch oder ‘nur konservativ’ war – Gründe für Opposition gab es jedenfalls genug“ (ebd.). Derart oberflächliche und gehetzt wirkende Beschreibungen von historischen Ereignissen ziehen sich durch das gesamte Buch. Auch in der darauffolgenden Skizze der Rahmenbedingungen für den Putsch der „Bewegung der Streitkräfte, MFA“ (14), der als „Nelkenrevolution“ in die Geschichte des Landes einging, sowie in der Beschreibung der Zeit zwischen dem 25. April 1974 und

den November 1975, die er als „postrevolutionäre Phase“ (18) identifiziert, bleibt Küpeli hinter seinem eigenen Anspruch zurück. Oftmals werden für eine Analyse der heutigen Protestbewegung wichtige, historische Wegmarken mit ein, zwei Sätzen abgehakt. Die Beschreibung der Rahmenbedingungen der Nelkenrevolution, welche ja eigentlich Gegenstand des Vergleiches sein sollte, wird auf nicht einmal einer Seite abgehandelt. So heißt es lapidar: „Der entscheidende Auslöser für die Nelkenrevolution waren die blutigen Kriege in den damaligen portugiesischen Kolonien Angola, Guinea-Bissau und Mosambik ab den 1960er Jahren.“ (14) Statt der zahlreichen Bilder und Tabellen sowie der Interviews am Ende des Buches wäre eine genauere Analyse sinnvoll gewesen.

Und auch im zweiten Teil, der mit dem Ende der „postrevolutionären Phase“ (18) beginnt, wäre eine genauere Untersuchung der historischen Entwicklung unter den Rahmenbedingungen der weltökonomischen Umbrüche seit den 1970er Jahren und dem Prozess der europäischen Integration, an dem Portugal seit 1986 teilnahm, interessant gewesen. Vielmehr werden wichtige Faktoren für die Entwicklung nur angerissen. Für den Autor stellt der Sieg der moderaten Kräfte in den Auseinandersetzungen der postrevolutionären Phase ab 1976 das „Ende der Revolution und [den] Sieg des Neoliberalismus“ (26) in Portugal dar. Seit dem Beitritt des Landes zur EG, bestimme „die Integration Portugals in die Strukturen der EU und ihre Vorgängerinstitutionen [...] den politischen und ökonomischen Kurs der portugiesischen Regierungen, seien es konservative oder sozialdemokratische“ (32). Es folgt „der neoliberale Umbau der portugiesischen

Gesellschaft“ und die „Umgestaltung der portugiesischen Ökonomie“ in eine „Produktionsstätte für arbeitsintensive Produkte [...] und zum [...] Absatzmarkt für die deutsche und französische Industrie“ (32f). Die Fragen, aus welchen Gründen Portugal überhaupt in die EG aufgenommen wurde, welche Kapitalfraktionen davon profitierten und welche Kämpfe es im Land um den Beitritt gab, stellt der Autor nicht einmal. Stattdessen skizziert er auf zwei Seiten die Gründungsgeschichte der EU und auf drei Seiten den Rassismus gegen Roma in Portugal. Was dies zum Vergleich mit den heutigen sozialen Protesten in Portugal beiträgt, bleibt offen, zumal das Buch diese Themen im Folgenden nicht mehr aufgreift. Auch hier fehlt eine tiefere Analyse der Auswirkungen des europäischen Integrationsprozesses auf die Entwicklung Portugals.

Denn wie groß der Einfluss des Integrationsprozesses auf die Entwicklung war, erhellt sich schon daraus, dass Portugal nach dem Beitritt ein hohes Wirtschaftswachstum und eine „Wohlstandsmehrung“ (33) verzeichnen konnte, wie der Autor zutreffend schreibt. Seit 2001 aber, so Küpelis These, befindet sich Portugal in einer Dauerkrise, welche ihren Ursprung in der Osterweiterung der EU und der Einführung des Euro hat. Während das Argument mit der Konkurrenz aus Osteuropa, wo zu noch „billigeren Löhnen produziert werden konnte“ (48), stichhaltig erscheint, ist das Argument, Portugal habe durch die Euro-Einführung die Handlungsfähigkeit in der Währungspolitik verloren, nicht nachvollziehbar. Denn schon zuvor war die Entscheidungsfreiheit des Landes über seine Währungspolitik eingeschränkt, da die Währungen in Europa an die D-Mark

als europäische Leitwährung gekoppelt waren. Spätestens seit dem Scheitern des französischen Experiments einer nicht-monetaristischen Wirtschaftspolitik 1983 unter François Mitterrand hatte sich die monetäre Macht der D-Mark in das Europäische Währungssystem (EWS) eingeschrieben, also schon lange bevor Portugal ihm 1992 beitrug. Eine tiefere Analyse der Rolle des Landes im europäischen Integrationsprozess hätte dies offengelegt.

Erst im dritten Teil des Buches geht Küpeli auf die Proteste im Zuge der Wirtschaftskrise ab 2007 ein. Seit Beginn der Austeritätspolitik der Regierung bis Ende 2012 identifiziert er drei Protestwellen, die sich jedoch immer wieder abschwächten. Die erste datiert er von November 2010 bis Juni 2011. Sie entzündete sich am dritten und vierten Sparpaket und führte durch Massenproteste und Generalstreiks zum Scheitern der „sozialdemokratischen Minderheitsregierung“ (52). Die zweite Protestwelle sieht der Autor von Oktober 2011 bis März 2012. Sie entflammte an der Räumung einer besetzten ehemaligen Grundschule und führte zu Massenprotesten, aber auch zu „Strukturen und Aktivitäten jenseits von Parteien und Gewerkschaften“ (61). Ab September 2012 identifiziert Küpeli die dritte Welle. In ihrem Verlauf gingen „mehr als 500.000 Menschen auf die Straße, um gegen die Spar- und Kürzungspläne zu demonstrieren“ (64). Dabei bleibt der Autor jedoch bei einer reinen Beschreibung stehen. Die Analyse der Protestbewegungen und ihrer Interaktion mit Parteien und Gewerkschaften ist leider nur rudimentär. Zwar zeigt er auf, dass die Protestbewegung in einen institutionellen Teil aus Gewerkschaften

und Parteien, welche vor allem die älteren gut organisierten ArbeiterInnen repräsentieren, und einen unorganisierten Teil, welchem vor allem „junge prekarierte ArbeiterInnen“ (64) angehören, gespalten ist. Jedoch versäumt er es, diese wenigen analytischen Punkte zu vertiefen. Auch deshalb kann er nicht erklären, weshalb eine „überwiegende Mehrheit der Portugiesen nach wie vor sozialdemokratisch oder konservativ“ (68) wählt bzw. „ob sich die politische Tendenz der Protestbewegungen insgesamt verschoben hat“ (66).

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Buch seinem selbstgesteckten Anspruch, „Prozesse und Strukturen der gegenwärtigen Krise in Portugal [...] näher zu bringen“ (7), nicht gerecht wird. Vielmehr bleibt es in einer oberflächlichen Beschreibung der Geschichte und Gegenwart des Landes stehen. Dies ist umso bedauerlicher, als Küpeli in der Einleitung sehr zutreffend feststellt, dass die portugiesischen Proteste in der deutschen Öffentlichkeit „höchstens eine Randnotiz wert“ (6) sind.

Felix Syrovatka

Christoph Prager:
Ratingagenturen. Funktionsweisen eines neuen politischen Herrschaftsinstruments. Wien: Mandelbaum 2012, 188 Seiten

Der Autor analysiert in seinem Buch eine finanzpolitische Institution, die es in den letzten Jahren bis auf die Titelseiten der Tageszeitungen geschafft hat, nämlich die der Ratingagenturen (im Folgenden: RA). Drei dieser Agenturen (*Standard & Poor's*, *Moody's* und *Fitch*) haben im Zusammenhang mit den Finanzkrisen in EURO-Ländern, aber auch etwa bei

der Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA eine breite Aufmerksamkeit gefunden.

Das Buch gliedert sich in drei Kapitel, die mit „Theorie“, „Ratingagenturen“ und „Griechenland“ überschrieben sind. Der Theorieteil gibt zunächst eine Einführung in den Ansatz von Pierre Bourdieu, der laut Einleitung den „begrifflichen Rahmen“ zur Analyse der „Machtform der Ratingagenturen“ bereitstellt (18). Christoph Prager erläutert die Konzepte von „Habitus“ als „Dispositionssystem sozialer Akteure“ (23) und von „sozialem Feld“ als „kompetitive[m] System sozialer Beziehungen“ (27). „Die konstituierende Konkurrenz in diesem sozialen System dreht sich im weitesten Sinne um die Produktion eines *common sense*, in dem es darum geht, seine ‘eigene Sicht auf die soziale Welt als legitime durchzusetzen‘“ (27). Die Strukturierung des Feldes hängt jeweils von der „Distribution der Macht“ ab, diese wiederum von der Verfügung über verschiedene „Kapitalsorten“ (ökonomisches, soziales, kulturelles, symbolisches Kapital, 28-30). Symbolisches Kapital sichert gesellschaftliche Anerkennung ohne materiellen Druck (30f); symbolische Macht „muss also jenseits des physischen Zwangs gedacht werden, nämlich in Zusammenhang mit den in vorangegangener, unsichtbarer und verdrängter Arbeit zurechtgestutzten Dispositionen, auf Basis derer diese Macht letztlich Wirksamkeit zeigt“ (31). Prager betont die Nähe zu dem von Susan Strange benutzten Konzepten der „strukturellen Macht“ (33).

Dieser Teil wird mit einem längeren Abschnitt zur „Konstituierung des Finanzmarktfeldes“ abgeschlossen, der

die Entwicklung des „finanzmarktdominierten Akkumulationsregimes“ aus der Krise des Fordismus überzeugend erläutert (38-55). Verschiedene Maßnahmen der Liberalisierung der Devisen- und der Finanzmärkte sowie die Entwicklung des Handels mit Derivaten erlaubten schließlich dem anlagesuchenden Kapital eine beschleunigte Akkumulation des Finanzkapitals. Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz verstärkten die Staatsverschuldung in den Defizitländern, was ebenfalls zu weiteren Möglichkeiten der Verwertung von Finanzkapital führt. Ein wenig auf der Strecke bleiben dabei die realwirtschaftlichen Veränderungen im Rahmen des Globalisierungsprozesses – vor allem die Bedeutung von transnationalen Wertschöpfungsketten – sowie das beschleunigte Wachstum in den sog. *emerging economies*.

Im folgenden Kapitel wird das Phänomen der RA ausführlich diskutiert (56-109). Das Interesse von Gläubigern an Informationen über die Kreditwürdigkeit von Schuldern liegt in der Natur der Sache; die Geschichte solcher Agenturen lässt sich entsprechend bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Das Rating erfolgt entlang von Skalen, die aus Buchstaben- und Zahlenkombinationen bestehen, von C, z.T. auch D für Schuldner, bei denen es bereits zu einem Ausfall von Rückzahlungen gekommen ist, bis AAA als höchste Stufe der Bonität. Zentrale Bedeutung hat dabei die *investment-grade*-Grenze zwischen Schuldnern, denen noch eine adäquate Kreditpolitik attestiert wird (ab BBB- oder Baa3, je nach Agentur) und solchen, die als „spekulatives Terrain“ bezeichnet werden. Ein Haupteffekt der Bewertung durch RA sind die Auswirkungen auf die Zinsen, die für

die Aufnahme von Krediten durch die bewerteten Schuldner zu zahlen sind, auf den sog. *spread* (Zinsdifferenz zu durchschnittlichen Marktzinsen).

Seit den 1980er Jahren spielt das sog. *sovereign rating* eine wachsende Rolle, d.h. die Bewertung der Kreditwürdigkeit öffentlicher Gläubiger (Staaten, Provinzen, Gemeinden). Es gibt zwar eine größere Anzahl von RA; 2010 waren es 51 aus 37 Ländern, die im Bereich des *sovereign rating* tätig waren (56). Da ihr Einfluss allerdings auf der Anerkennung ihrer Risikobewertungen, damit auf ihrer Reputation und inzwischen auch auf einigen staatlichen Regulierungsansätzen beruht, sind praktisch nur die oben genannten drei Agenturen von größerer politischer Bedeutung. Im Jahre 2004 verabschiedete die *International Organization of Securities Commissions* (IOSCO) als ersten Ansatz zur internationalen Regulierung den *Code of Conducts Fundamentals for Credit Rating Agencies*. Dieser Code bietet zwar lediglich Richtlinien für andere *Codes of Conducts*, die sich die RA selbst geben, verweist aber doch darauf, dass es einen gewissen Konsens über die Grundlagen der Bestimmung von Kreditwürdigkeit gibt – und angesichts des Zusammenhangs mit der Reputation der RA ist das nicht ohne Bedeutung. Durch die sog. Basel-Abkommen des Basler Bankenausschusses für Bankenaufsicht werden die RA zu den „wichtigsten globalen Risikogutachter(n)“ (87), da institutionelle Anleger¹ im Allgemeinen keine Anlagen halten dürfen, deren Risiken unter der *investment-grade*-Grenze liegen.

Der dritte Teil des Buches beschäftigt sich mit der Schuldenkrise Griechenlands. Zunächst werden die internen

Ursachen der Verschuldung detailliert behandelt. Im Mittelpunkt steht dann aber die Wechselbeziehung zwischen dem Agieren der RA, den Rettungsmaßnahmen von EU/EuroGroup und IWF sowie der dadurch erzwungenen Austeritätspolitik der griechischen Regierung. Prager betont, dass durch die festen Zinssätze der IWF- und EU-Kredite zwar der Einfluss der RA zwischenzeitlich sank, aber doch längerfristig von Bedeutung blieb, da es das zentrale Ziel von IWF und EU war, die „finanzielle Eigenständigkeit Griechenlands“ (d.h. eine zukünftige Finanzierung über die Finanzmärkte) wiederherzustellen (143). Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch ein bestimmter Typ von Derivaten, die sog. *credit default swaps* (CDS). Dabei verpflichtet sich der Sicherungsgeber bei einem bestimmten Kreditausfall (etwa Zahlungsverzug oder bereits einer Verschlechterung des Ratings) zu einer Ausgleichszahlung – und zwar unabhängig von dem tatsächlichen Verlust des Besitzers solcher CDS. In Griechenland haben Spekulanten in beträchtlichem Umfang durch diesen Mechanismus von der Finanzkrise profitiert. Prager stellt – wie auch andere Beobachter der Griechenlandkrise – die Frage, wieso die RA Griechenland „below investment grade“ abstuften, wenn doch klar war, dass entsprechende Rettungspakete in Vorbereitung waren. Er verweist in diesem Zusammenhang einerseits auf das Interesse der Spekulanten, andererseits darauf, dass sich auch nach dem Rettungspaket zentrale Wirtschaftsdaten weiterhin verschlechterten (157-161).

Theoretische Schlussfolgerungen und ein Resümee schließen den Band ab. Hier

bemüht sich der Autor noch einmal um einen Rückbezug der empirischen Analyse auf das Konzept von Bourdieu und die Nützlichkeit von dessen Konzepten für das Verständnis der Rolle von RA. Nachdem allerdings über weite Passagen hinweg die Mechanismen der RA ohne einen detaillierteren Bezug auf Bourdieu erläutert wurden, überzeugt diese Argumentation nicht ganz. Letztlich spielen zentrale Elemente dieses Ansatzes wie etwa die Transformation von Kapitalarten ebenso wenig eine zentrale Rolle in der Analyse der RA wie der Begriff des Habitus. Sicherlich verwandeln die Agenturen Teile ihres symbolischen Kapitals erfolgreich in ökonomisches Kapital, doch geht es ja gerade nicht um die ökonomischen Erträge der RA, sondern vor allem um die Effekte des Ratings auf das ökonomische Kapital von Staaten. Diese Beziehung hat weniger mit Bourdieu zu tun als mit Karl Marx. Prager schreibt „Naturalisierung heißt Verschleierung der Konstitutionsbedingungen des Ursprungs der Macht, heißt aber auch Verschleierung des Verhältnisses zwischen Beherrschten und Herrschenden...“ (S. 33). Dabei geht es letztlich um die Verdoppelung gesellschaftlicher Herrschaft im Kapitalismus: Bürgerliche Freiheiten schaffen die Grundlage für „Demokratie“, die aber mit der Garantie des Eigentums und des Marktes als Grundlage der Allokation von Ressourcen einschließlich der Ware Arbeitskraft – und damit gleichzeitig auch des Rechts auf Profitmaximierung und Akkumulation – die Voraussetzung für die Herrschaft des Kapitals schafft.

Prager grenzt seine Analyse zu Recht von Arbeiten ab, die sich mit einer immanenten Kritik an den RA beschäftigen, also etwa mit Fehlern bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit von Akteuren in spezifischen Situation oder mit der Problematik der Grenzziehung zwischen „investment grade“ und „below investment grade“, aber dazu ist der Ansatz von Bourdieu nicht nötig. Grundlegend ist die zentrale Bedeutung von Kapital und Investitionsentscheidungen im Kapitalismus. In diesem Sinne sind RA ein Werkzeug zur Korrektur unzulänglicher Fähigkeiten von (potenziellen) Gläubigern, einschließlich institutioneller Investoren wie Staaten, also ein Messinstrument, um verlässlich Auskunft über die Kreditwürdigkeit verschiedener Akteure zu geben. Die „Naturalisierung“ kapitalistischer Produktionsverhältnisse impliziert letztlich die breite Akzeptanz derartiger Messinstrumente, um „Wachstum und Fortschritt“ zu fördern. Dennoch: dies ist ein wichtiges Buch zu einem kritischen Verständnis der Ratingagenturen.

Wolfgang Hein

Anmerkung

- 1 „Als institutionelle Anleger werden alle juristischen Personen bezeichnet. Hierzu zählen Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften, aber auch Unternehmen, die ihre Pensionskassen in Wertpapieren anlegen oder ihre Fremdwährungsbestände absichern“ (<http://boersenlexikon.faz.net/institut.htm>)

Eingegangene Bücher

- Bartelson, Jens: *Sovereignty as Symbolic Form. Critical Issues in Global Politics*. Abingdon, Oxon: Routledge 2014, 126 S.
ISBN: 9780415446839
- Bösl, Anton; André du Pisani & Dennis U. Zaire (Hg.): *Namibia's Foreign Relations. Historic contexts, current dimensions and perspectives for the 21st Century*. Windhoek: Macmillan Education Namibia & Konrad Adenauer-Stiftung 2014, 449 S.
ISBN: 9789991626109
- Čaha, Ömer: *Women and Civil Society in Turkey. Women's Movements in a Muslim Society*. Farnham: Ashgate 2013, 238 S.
ISBN: 9781472410078
- Chomsky, Noam: *Die Herren der Welt. Essays und Reden aus fünf Jahrzehnten*. Wien: Promedia 2014, 240 S.
ISBN: 9783853713679
- Conrad, Sebastian; Shalini Randeria & Regina Römhild (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. 2., erw. Aufl. Frankfurt a.M. & New York, NY: Campus 2013, 562 S.
ISBN 9783593395173
- Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld: transcript 2014, 304 S.
ISBN: 9783837624021
- Englert, Birgit, & Barbara Gärber (Hg.): *Landgrabbing. Landnahmen in historischer und globaler Perspektive*. Wien new academic press (= Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung, Bd. 33), 264 S.
ISBN: 9783700318958
- Ferguson, Niall: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*. München: Pantheon 2013, 480 S.
ISBN: 9783570552001
- Geiger, Martin, & Antoine Pécoud (Hg.): *Disciplining the Transnational Mobility of People*. Basingstoke: Palgrave-Macmillan 2013 (= International Political Economy Series), 272 S.
ISBN: 9781137263063
- Habermann, Friederike: *Geschichte wird gemacht! Etappen des globalen Widerstands*. Hamburg: LAIKA 2014 (= Bibliothek des Widerstands, Bd. 27), 240 S.
ISBN: 9783942281522
- Isin, Engin F. (Hg.): *Citizenship after Orientalism. An Unfinished Project*. Abingdon, Oxon: Routledge 2014, 265 S.
ISBN: 9781138776081
- Komlosy, Andrea: *Arbeit – Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert*. Wien: Promedia 2014, 180 S.
ISBN: 9783853713693
- Leonhard, Jörn: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges*. München: C.H. Beck 2014, 1157 S.
ISBN: 9783406661914
- Liedtke, Wolfgang; Georg Materna & Jochen Schulz (Hg.): *Hunger – Ursachen, Folgen, Abhilfe. Eine interdisziplinäre Kontroverse*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2012 (= Arbeiten aus dem Institut für Ethnologie der Universität Leipzig, Bd. 10), 525 S.
ISBN: 9783865836991
- Marković, Gordana Ilić (Hg.): *Veliki rat – Der grosse Krieg. Der Erste Weltkrieg im Spiegel der serbischen Literatur und Presse*. Wien: Promedia 2014, 272 S.
ISBN: 9783853713686
- Möller, Ulrika, & Isabell Schierenbeck: *Political Leadership, Nascent Statehood and Democracy. A comparative Study*. Abingdon, Oxon: Routledge 2014, 199 S.
ISBN: 9780415710961
- Münkler, Herfried: *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*. Reinbek: Rowohlt 2013, 928 S.
ISBN: 9783871347207
- Tittor, Anne: *Gesundheitspolitik in Lateinamerika. Konflikte um Privatisierungen in Argentinien und El Salvador*. Baden-Baden: Nomos 2012 (= Studien zu Lateinamerika), 376 S.
ISBN: 9783832973384
- Wemheuer, Felix (Hg.): *Linke und Gewalt. Pazifismus, Tyrannenmord, Befreiungskampf*. Wien: Promedia 2014 (= Edition Linke Klassiker), 176 S.
ISBN: 9783853713709
- Ziai, Aram (Hg.): *Im Westen nichts Neues? Stand und Perspektiven der Entwicklungstheorie*. Baden-Baden: Nomos 2014, 286 S.
ISBN: 9783848709892